

73

Sept/Okt '98
13. Jahrgang
DM 3,00

Antifaz

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildarchiv zum Berlin e.V.
Falckensteinsstraße 46, 10977 Berlin
Tel./Fax: 030 75511 61 10
E-Mail: 0500 02/Kao-Nr. 08700 787

Zeitung gegen Rassismus,
Faschismus und Imperialismus



- | | |
|--|--|
| <p>3 Editorial
Bericht</p> <p>6 Faschistische „Wahlkampfaktionen“ im Kreis Recklinghausen</p> <p>14 Dortmund-Jungferntal - keine „national befreite Zone“!</p> <p>15 Nazi-Cafe in Berlin wird zum bundesweiten Pilotprojekt</p> <p>26 Der Kampf gegen den Faschismus ist legitim
(zum DHKP-C - Verbot am 13. August 1998)</p> <p>28 1. September: Internationaler Antikriegstag</p> <p>29 In Recklinghausen entsteht Bert Brecht-Zentrum</p> <p>Stellungnahme</p> <p>4 Wahlkampf der bürgerlichen Parteien begünstigt Neonazis</p> <p>30 Erklärung zur Ablehnung meines Asylfolgeantrages (Yusuf Demiroglu)</p> <p>Kommentar</p> <p>8 Nicht nur die REPs sind extrem, die Regierenden sind es!</p> | <p>Analyse</p> <p>9 „National befreite Zone“ - Zonen in denen der nazistische Wahnsinn regiert</p> <p>20 Wehrmacht: Vorbild der Bundeswehr? (Teil 6)</p> <p>Dokumentation</p> <p>10 „Schafft befreite Zonen“ (Vorderste Front Nr. 2)</p> <p>Rezension</p> <p>19 Vergessene Geschichte der „lila Winkel“ - Widerstand von Jehovas Zeugen</p> <p>Aufruf</p> <p>16 Bewegungsfreiheit für Flüchtlinge - Karawane gegen Rassismus zieht durch Deutschland</p> <p>18 Sofortige Freilassung von Fatma Muratdas und Salman Dönekli</p> <p>Diskussionsbeitrag</p> <p>31 Von Übermensch... und Unterwelten</p> <p>Kurznachrichten</p> <p>Material</p> <p>A-H Hitlerrede (Teil2)</p> |
|--|--|

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/ dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. "Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der / dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/ dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur diese, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abonnements-Bedingungen:

Einzel-Abonnement/Jahr: 27,-DM
Förder-Abonnement/ Jahr ab 30 DM
Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

Breite	Höhe	DM	Breite	Höhe	DM
5,5cm	<6cm	<60,-	5,5 cm	24 cm	120,-
5,5cm	8 - 11cm	60,-	7,7cm	24cm	150,-
10,5cm	8 - 6	75,-	16cm	12cm	150,-

AntifaZ

Die AntifaZ ist die Zeitschrift des AFB Ruhrgebiet. Sie erscheint alle zwei Monate. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von dem/der jeweiligen Autorin verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch
Oerweg 28
45657 Recklinghausen
Tel.: 02361/ 26345
Redaktionsanschrift:
Antifa-Zentrum
Hemer Str. 43
45657 Recklinghausen
Tel./Fax: 02361/21686

Redaktionssitzung
montags, ab 20 Uhr.
Abonnenten- und Anzeigenkonto:
BLZ: 430 500 01
Kto.-Nr.: 334 01 027
Stichwort: AntifaZ
Sparkasse Bochum

Auflage: 1000
Druck: Emek Essen
Redaktionsschluß für Nr. 74 ist der 25.10.98

Editorial

Im laufenden Bundestags-Wahlkampf schieben die „Volks“parteien, die außerstande sind, denen gegenüber, um deren Stimmen sie sich bewerben, die rabiate Umverteilung von unten nach oben und die rapide zunehmende Verarmung der Bevölkerungsmehrheit zu rechtfertigen, nach dem Motto „Haltet den Dieb“ die Schuld dafür besonders denen in die Schuhe, die aus den Kriegs- und Elendsgebieten der kapitalistisch globalisierten „neuen Weltordnung“ in unser „Paradies“ gekommen sind: billigen Arbeitskräften aus Osteuropa und Asylsuchenden, aber auch Alten, Kranken, Langzeitarbeitslosen, alleinerziehenden Müttern usw. Die **weitgehende Einigkeit von Regierung und Opposition bei der systematischen Entsolidarisierung der Gesellschaft**, die den Wählenden allenfalls eine Entscheidung für ein „kleineres Übel“ beläßt, **eröffnet** mit solchen Schuldzuweisungen **den faschistischen Parteien**, die dies immer schon getan haben und zugleich von der Korruptheit der Regierenden profitieren, **die Möglichkeit, sich als „echte Opposition“ zu etablieren**. Wohin die Reise geht, darauf haben wir Gegner von Imperialismus und Faschismus aufgrund von Zersplitterung und mangelnder Klarheit über Weg und Ziel bisher kaum Einfluß. Dazu unser Titelthema zum „*Wahlkampf der bürgerlichen Parteien*“. Ein weiterer Bericht des AFB geht darauf ein, wieweit die Faschisten im Kreis Recklinghausen aus der für sie günstigen Situation „Kapital schlagen“ konnten. Der Kommentar „*Nicht nur die REPs sind extrem, die Regierenden sind es*“ befaßt sich mit der von den Gerichten gezogenen **Konsequenz, diese Faschistenpartei von dem Ruch, rechtsextrem zu sein, freizusprechen**. Der staatlichen Tendenz, „nicht gewalttätige“ faschistische Organisationen als normale Kräfte „unserer Demokratie“ zu legalisieren, steht der bewußte und bisher - insbesondere im Osten Deutschlands - keineswegs erfolgreiche **Versuch der Faschisten gegenüber, Zonen zu errichten, in denen die Menschen nach ihrer Pfeife tanzen müssen**. Das wird in dem uns aus Berlin zugesandten Beitrag „*National befreite Zonen* - Zonen, in denen der nazistische Wahnsinn regiert“ analysiert. Ein Dokument aus dem Presseorgan des Nationaldemokratischen Hochschulbundes sowie ein als Pilotprojekt gestartetes Nazi-Cafe in Berlin veranschaulichen dies. Eine Atmosphäre von Terror versuchen Faschisten neuerdings auch wieder in Dortmund zu erzeugen, und zwar im Jungferntal, wo sie mit dem konfrontiert sind, was die MLPD als „neue Opposition“ versteht.

Das alte und immer noch virulente Rezept, aus der „deutschen Zerrissenheit“ eine „formierte Gesellschaft“ zu machen, zeigt die **Fortsetzung der Hitlerrede** vor dem Düsseldorfer Industrieklub auf. Einen fast „vergessenen“ Widerstand dagegen leisteten auch die **Zeugen Jehovas**, denen sich Thea Struchtemeier in ihrer Rezension einer Dokumentation dazu zuwendet. Um den Abdruck in der AntifaZ gab es eine Kontroverse im AFB.

Viele Flüchtlinge haben es satt, immer nur Opfer und Sündenböcke staatlicher Willkür und Rechtfertigungen zu sein. Die im Rahmen der **Kampagne „Kein mensch ist illegal“** organisierte **Karawane gegen Rassismus** macht dies öffentlich. Von Solidarität mit und Gegenwehr von Flüchtlingen zeugen der Neußer Aufruf **„Sofortige Freilassung von Fatma Muratdas und Salman Dönekli“** und die **Erklärung von Yusuf Demiroglu** zur Ablehnung seines Asylfolgeantrages.

Die BRD will auch mit militärischen Mitteln das Flüchtlingsproblem angehen - der derzeitige Krisenherd Kosova konnte in dieser Nummer nicht berücksichtigt werden. Grob feststellen kann man, daß die von uns in Nr. 72 getroffene Feststellung, daß es ihr dabei keineswegs um das Selbstbestimmungsrecht der kosovarischen Bevölkerung geht, sich zunehmend bestätigt. Dies soll in der nächsten AntifaZ eingehender behandelt werden. Der abschließende Teil 6 der Serie **„Wehrmacht: Vorbild der Bundeswehr?“** behandelt das Problem, wie Antifaschisten mit Bundeswehr und Kriegsdienst umzugehen haben. Schlüsselfrage: Dürfen wir die Bundeswehr den Faschisten überlassen?

Fortgesetzt wird auch Achim Schürmanns Diskussionsbeitrag **„Von Übermenschen und Unterwelten ...“**

Zum von Bundesinnenminister Kanther verfügten **Verbot der DHKP/C**, die gegen den türkischen faschistischen Staat kämpft, und zum laufenden Prozeß in Hamburg erreichte uns ein **Bericht aus Brüssel**.

Ein weiterer Beitrag von Fikri Arslan zum islamischen „Fundamentalismus“ mußte verschoben werden.

Hingewiesen sei abschließend darauf, daß das seit einiger Zeit in Renovierung befindliche Antifa-Zentrum Recklinghausen demnächst als **Bert-Brecht-Zentrum** neu eröffnet wird.

KD



WAHLKAMPF DER BÜRGERLICHEN PARTEIEN BE- GÜNSTIGT NEONAZIS

Faschisten werden zunehmend als "normale" Parteien akzeptiert

Nicht zuletzt das Urteil eines Berliner Gerichts, dass staatlichen Organen die Überwachung der faschistischen Partei "Die Republikaner" (REP) verbietet, ist ein weiterer Meilenstein in der staatlichen Duldung, Verharmlosung und Legalisierung faschistischer Kräfte in diesem Land. Die "Nationaldemokratische Partei Deutschlands" (NPD) bekam kürzlich vom Bundesverfassungsgericht bestätigt, dass sie als "nicht verbotene Partei" öffentliche Aktionen im Rahmen des "Wahlkampfes" durchführen darf. Insbesondere NPD und die "Deutsche Volksunion" (DVU) nutzen den "Wahlkampf" offensiv, um faschistische Anhangbildung zu verstärken. Die für den 19. September in Rostock-Lichtenhagen geplante bundesweite Demonstration der NPD wird den Höhepunkt dieser Aktionen darstellen. Zur Bedeutung der diesjährigen Bundestagswahlen für die faschistische Offensive.

In zahlreichen kleinen und größeren Aktionen haben Faschisten der unterschiedlichen Organisationen in diesem Wahlkampf 'die Straße erobert' und ihren legalen Spielraum erweitert. Vor allem in den neuen Bundesländern ist ihnen dank mehrfacher Anrufung der bürgerlichen Gerichte in zahlreichen Fällen gelungen, antifaschistischen Widerstand in der Auseinandersetzung als 'illegal' erscheinen zu lassen.

Das legale Auftreten der Faschisten wird seitens des Staates benutzt, antifaschistische Gegenaktionen zu verbieten und zu kriminalisieren. Nur wenige Beispiele wurden bekannt, wo breiter gesellschaftlicher Widerstand die Faschisten zwang, ihr öffentliches Auftreten abzusagen (siehe dazu weiter unten den Bericht über das

Verhindern einer geplanten REPKundgebung in Herne).

Dabei kann das diesjährige Desaster der Faschisten bei der Durchführung der "Aktionswochen im Zusammenhang mit dem Rudolf-Hess-Gedenken" keineswegs beruhigen. Zum einen wurden diese Aktionen in diesem Jahr noch stärker als im vergangenen durch staatliche Aktionen verhindert, zum anderen gab und gibt es auf Seiten der AntifaschistInnen nach wie vor nur das Konzept des 'Ver- und Behinderns', eigene, offensiv in der Bevölkerung diskutierte, Gegenkonzepte auf demokratischer Grundlage sind kaum entwickelt.

Heute wird deutlich, wie fatal es sich auswirkt, dass ein großer Teil antifaschistischer Struk-

turen nicht für das völlige "Verbot aller faschistischer Organisationen" eintritt. Der bürgerliche Staat bezeichnet inzwischen faschistische Organisationen als entweder "rechtsextrem" oder "rechtsradikal". "Rechtsextreme" sind Teil des "demokratischen" Spektrums, "Rechtsradikale" dagegen sind "gewaltbereit". Alles, was auf der "rechten" Seite nicht öffentlich "zur Gewalt aufruft", ist legal.

Die Grundlagen für diese Entwicklung liegen jedoch nicht im "staatlichen" Handeln, sondern vor allem in der Tatsache begründet, dass die großen bürgerlichen Parteien CDU und SPD immer wieder faschistische Forderungen in ihre Programme übernommen haben (z.B. die der Aushebelung des Rechts auf politisches Asyl) und dadurch einen konkreten politischen Beitrag zur Legalisierung faschistischer Positionen geleistet haben.

Die antifaschistische Bewegung hat es versäumt, auf den Positionen, die nach wie vor Teil des Grundgesetzes sind (aber eben nur noch auf dem Papier), dass nämlich jegliche faschistische Arbeit "in der Nachfolge der NSDAP" per se mit legaler Tätigkeit in Deutschland unvereinbar ist, zu beharren und diese offensiv in die politische Auseinandersetzung einzubringen. Politische Kräfte unterschiedlichster Couleur von den Grünen bis zu Teilen der Autonomen und auch der sonstigen Linken lehnen die Forderung nach einem Verbot ab, mit unterschiedlichen Begründungen. Im Ergebnis sehen sie sich aber mit der aktuellen Situation konfrontiert, dass sie die Tatsache einer legalen Arbeit faschistischer Organisationen hinnehmen. Die einen wollen sie mit antifaschistischer Militanz bekämpfen, die anderen in 'demokratischer' Auseinandersetzung zurückdrängen. Beide Konzepte sind zum Scheitern verurteilt.

Gescheiterte faschistische Aktionsversuche

In mehreren Städten sind faschistische Aktionen gescheitert. In **Herne** hatten die REPs für den 16. August eine Kundgebung angekündigt. Ein breites Bündnis, hervorgegangen aus dem "Herner Bündnis gegen Arbeitslosigkeit und Sozialabbau" hat diesen Versuch verhindert.

Ausschlaggebend war hierfür, dass die geplanten Gegenaktionen des Bündnisses große Resonanz in Presse und Lokalradio fanden. Auch die Tatsache, dass auf der angekündigten Kundgebung ein Gewerkschafter, ein Kirchenvertreter, ein Vertreter des Ausländerbeirates und der ehemalige OB Pohlmann sprechen wollten, haben wesentlich zu der REP-Absage beigetragen. Das Bündnis verteilte im Vorfeld in großer Menge einen Aufruf, in dem den faschistischen Positionen konkrete Absagen erteilt wurden. So formuliert der Aufruf gegen die faschistische Hetzkampagne gegenüber AusländerInnen: *"Ausländer", also unsere Kolleginnen und Kollegen ohne deutschen Pass oder Asylbewerber seien Schuld an Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau. FALSCH! Deutsche Unternehmer im Verbund mit geltender Wirtschaftspolitik heuern und feuern deutsche wie ausländische Beschäftigte erbarmungslos und millionenfach aus egoistischem Interesse - obwohl das Grundgesetz sie zu sozialem Verhalten verpflichtet. Es sind weder 'Ausländer', die Deutsche entlassen, noch Alte, die Junge, oder umgekehrt. Grenzenloses Gewinnstreben speziell der Banken und Großunternehmen schießt Millionen in Arbeitslosigkeit und sozialen Abstieg. Gegen sie tun die REPs nichts. Wer ablenkt von den wahren Ursachen der Misere, lenkt die Bürger auf fal-*



sche Fährten, führt sie wiederum in die Irre und ins Verderben. Das hatten wir schon einmal. Unsere Väter schworen damals: NIE WIEDER !".

Es ist hier nicht der Ort, Kritik an einzelnen Ausführungen des Aufrufs zu formulieren. Festzuhalten bleibt, dass breiter demokratischer Widerstand am ehesten und nachhaltigsten in der Lage ist, den Faschisten den öffentlichen Raum streitig zu machen.

Die REPs kündigten nach Absage ihrer Kundgebung in Herne an, diese am selben Tag in **Wuppertal** durchzuführen. Doch auch hier brachen sie das Unternehmen ab, verbunden mit einer Presseerklärung, man habe die Veranstaltung in Wuppertal auf einen späteren Termin im September verlegt, weil man nicht in zeitliche Nähe zu den faschistischen Aktionen im Rahmen des Hess-Gedenkens gerückt werden wolle. Diese 'Begründung' ist natürlich völlig lächerlich, sie hätte ja dann für den geplanten Aufmarsch in Herne genauso gegolten.

Erst im Nachhinein war in Herne bekanntgeworden, dass die REPs schon am Wochenende vorher, am 8./9. August, Räume in den renommierten Herner "Ratsstuben" angemietet hatten, um ihre Wahlkampfmaterialien an die örtlichen Strukturen in NRW zu verteilen. Der daraufhin zur Rede gestellte Wirt der "Ratsstuben" bekundete, ihm sei egal, wer sich bei ihm versammle, Hauptsache, die Kasse stimme.

Das wird für ihn noch unerfreuliche Konsequenzen haben: Als erste kündigte ihm die örtliche IG Metall die weitere Nutzung von Räumen auf. Auch ein Elternstammtisch einer Herner Gesamtschule wird in Zukunft nicht mehr dort tagen. Die Ortsgruppe des AFB bereitet eine Erklärung vor, die Gastwirten und Restaurantinhabern vorgelegt wird: Sie sollen erklären, dass sie nicht bereit sind, ausländerfeindlichen, rassistischen und faschistischen Organisationen Räume zur Verfügung zu stellen.

Für den 12. September hat

die NPD eine Kundgebung auf dem **Münsteraner Hindenburgplatz** gegen die in Münster zur Zeit stattfindende Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht" angekündigt (wir berichteten in unserer letzten Ausgabe). Auch hier stellt sich die Frage, ob durch breiten öffentlichen Widerstand dieser Versuch verhindert werden kann.

Vorläufiges Fazit

Bisher deutet vieles darauf hin, dass Faschisten den Wahlkampf in vielen Fällen erfolgreich für ihre Offensive nutzen können, ohne dass ihnen breiter gesellschaftlicher Widerstand entgegengesetzt wird. Es gibt aber auch Beispiele, dass dies möglich ist. Auch das bundesweite Eingreifen der "Karawane" illegalisierter Flüchtlinge, die in vielfältigen Formen an die Öffentlichkeit gehen (siehe auch Berichte in dieser Ausgabe), ist ein wichtiger Versuch, faschistische Auffassungen zurückzudrängen.

AFB Recklinghausen

FASCHISTISCHE „WAHLKAMPF-AKTIONEN“ IM KREIS RECKLINGHAUSEN

Wie in vielen Orten dieser Republik versuchen auch im Kreis Recklinghausen Nazis unterschiedlicher Couleur, vom "Wahlkampftrummel" der bürgerlichen Parteien Profit zu schlagen und zum einen ihre "Aktivisten" zu mobilisieren, zum anderen neue Anhängerschaft zu beginnen. Bisher ist das Ergebnis recht kläglich. Zwar kandidieren die REPs in einzelnen Recklinghäuser Wahlkreisen, waren aber (bislang) nicht einmal in der Lage, ihre Plakate anzubringen oder sonstwie öffentlich in Erscheinung zu treten.

Für Montag, den 24. August, hatte die Landeszentrale der NPD mit Sitz in Bochum-Wattenscheid von 9.00-18.00 Uhr einen Infostand auf dem Recklinghäuser Altstadtmarkt angemeldet. Aber schon eine kleine Notiz in der WAZ, in der von "Unmut in der Recklinghäuser Bevölkerung" die Rede war, reichte aus, um die

Faschisten von ihrem Plan abzubringen. Recklinghäuser AntifaschistInnen, die sich für den Tag einige lustige Spiele ausgedacht hatten, suchten den ganzen Tag über vergeblich nach ihnen.

Schon etwas ernster zu nehmen war das uns zugespielte "Rundschreiben", das angeblich von der NPD an die "nationale

Opposition" in RE verschickt worden war. Hierbei handelt es sich um den Versuch der desolaten "Kameraden" des "freien nationalen Widerstands" in RE, ihre Leute mal wieder zu einer organisierten Aktion zu bewegen. Denn seit Dieter "Miesling" Rieflings Abgang aus Oer-Erkenschwick hat dieser Haufen kaum noch etwas

rundschreiben

im rahmen des bundestagswahlkampfes besuchen wir am samstag,

29 august 1998 um 1900
im
kolpinghaus
herzogswall 38
recklinghausen

die veranstaltung der pds, bei der die bundestagsabgeordnete

ULLA JELPKE

auftritt.

zur person: u.jelpke wurde am 9.6.1951 in hamburg gebo ren und besuchte die hauptschule und studierte soziologie und "volks"-wirtschaft. sie versuchte sich als friseurin, kontoristin und buchhändlerin, auch aktiv im "hamburger institut für sozialforschung." in der pds seit ende 1990. aktiv in der autonomen frauenbewegung, umweltbewegung. von 1981 bis 1989 mitglied in der hamburgener bürgerschaft für die grünen. 3 jahre frauenreferentin der grünen fraktion. rund 10 jahre aktiv als strafvollzugshelferin. landesliste nrw.

sicherlich wird die pds und auch diereferentin sich über eine aktive diskussion mit uns, der nationalen opposition freuen, zumal ihr parteivorsitzender bisky, der am 14.8.98 in den gleichen räumen dilettierte gründungsmitglied der emg ist, der mehrheitsgesellschaft der hdo, die deutsche steuergelder erhielt. mit in der emg ist auch der ehemalige pds.schatzmeister gerd pelikan, auch die spd ist hier mitdabei.

nehmen wir also das angebot zur diskussion an und vergeuden unsere energie nicht an den infoständen der pds, die am gleichen tag stattfinden.

also, bis dann, kameraden

**Wir sind die
echte Opposition!**

**Sicherheit!
Recht!
Ordnung!**

**konsequent,
national, sozial: NPD
Die Nationalen**

zustande gebracht außer regelmäßigen Drohanrufen im Recklinghäuser Antifa-Zentrum. Das Häuflein "nationaler Opposition" um Jörg Chittka war in diesem Jahr nicht einmal mehr in der Lage, an "Führers Geburtstag" was auf die Beine zu stellen, und verzog sich lieber zum privaten Besäufnis mit Gleichgesinnten nach Oer-Erkenschwick (wo noch

ein paar der ehemaligen FAPler mit Mühe versuchen, den "Laden" aufrechtzuerhalten).

Auch bei den "Rudolf-Heß-Aktionstagen" war von den "Kameraden" nichts zu bemerken. Zweifellos sorgen auch die Überwachung und gelegentliche Hausdurchsuchungen durch den Recklinghäuser Staatsschutz bei einzelnen "Kameraden" für ent-

sprechende Zurückhaltung. Dennoch wäre es fatal, wenn wir Recklinghäuser AntifaschistInnen das vorhandene Nazi-Potential unterschätzten!

Es ist uns zwar zur Zeit gelungen, die Faschisten von öffentlichen Auftritten weitgehend abzuhalten, dennoch ist ihre "illegale" Arbeit keineswegs zu unterschätzen.

AFB Recklinghausen

Nicht nur die REPs sind extrem, die Regierenden sind es!

Die faschistischen Parteien NPD, DVU und REP wurden zu den Bundestagswahlen zugelassen und können auch Werbung im Fernsehen machen, egal ob öffentlich oder privat. Das hat am 1. September das Landgericht Mainz bestätigt und den Sender SAT 1 per einstweiliger Verfügung angewiesen, eine Wahlwerbung der REP zu übertragen, gegen die er erhebliche strafrechtlich relevante Bedenken hatte: Nach § 189 StGB wird „mit Freiheitsstrafe bis zu 2 Jahren oder Geldstrafe bestraft, wer das Andenken Verstorbener verunglimpft“. Für den Sender ist dieser Tatbestand erfüllt, weil die Faschistenpartei in ihrem Wahlspot erklärt: „Auch Konrad Adenauer und Kurt Schumacher würden heute die Republikaner wählen.“ Offensichtlich sah das Gericht darin keine Verunglimpfung der genannten Führungspersönlichkeiten der BRD, die immerhin auf so manchem Zweimarkstück prangen. Und - liebe(r) Leser(in), Hand aufs Herz - können Sie darin eine sehen? Also müssen auch wir die REP gegen einen solch niederträchtigen Vorwurf in Schutz nehmen.

Stützen kann sich das Mainzer Landgericht bei seiner Begründung auch auf das Berliner Verwaltungsgericht, das am Tag zuvor festgestellt hatte, es gebe „keine Beweise für verfassungsfeindliche Bestrebungen der Republikaner“. Es verkündete daher, daß die REP künftig nicht mehr als rechtsextrem eingestuft werden und somit auch nicht mehr Gegenstand einer Observierung durch den Landesverfassungsschutz sein dürften. Dieses Urteil berücksichtigt auch das Argument der REP-Anwälte, die ausländerfeindliche Propaganda der REP unterscheide sich inhaltlich nicht von entsprechenden Ansichten prominenter Politiker der „demokratischen“ Parteien. Sie stützten sich dabei - unwiderlegbar - insbesondere auf zahllose Äußerungen des Bundesinnenministers Kanther und des Berliner Innensenators Schönbohm, die deutlich machen, daß es sich dabei nicht um gelegentliche „Entgleisungen“ handelt (vor denen auch ein Politiker nicht gefeit ist), sondern daß sie Ausdruck ihrer Politik sind.

Kommentatoren in den Medien schelten diese Urteile als blauäugig und leichtfertig und bedauern, daß etablierte Parteien wie die CDU durch ihre eigene Politik dazu Vorschub geleistet haben. Es seien zudem Eigentore, da etwa die fremdenfeindliche CDU-Propaganda in Sachsen-Anhalt nicht dazu geführt habe, den „Extremisten“ Wahlstimmen wegzunehmen, sondern im Gegenteil den Wahlerfolg der DVU begünstigt hätte. Manche Wähler wollten eben das Original, nicht die Kopie.

Und in der Tat: Im Vergleich zu den genannten und etlichen anderen CDU-, SPD- oder FDP-Größen hören sich die Äußerungen der Faschisten gar nicht so extrem an. Sie sind häufig nur propagandistische Vorreiter einer von den Regierenden selbst betriebenen Politik. Und waren es nicht etwa Adenauer und Schumacher, die als Führer ihrer Parteien seit Bestehen der BRD der Verfassung eine Neuerung nach der anderen haben angeeignet lassen, um sie der von ihnen betriebenen Politik anzupassen? Die Verfassung ist eben ihr Instrument, und sie haben dieses nach ihrem Gusto bzw. im Interesse derer, deren politische Geschäfte sie betrieben, gemodelt. Verfassungsfeindlich? Mit solch einem Psychologienwort kann man juristisch alles und nichts entscheiden. Da war Bundesinnenminister Höcherl schon ehrlicher, der einmal gesagt hat: „Man kann nicht jeden Tag mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumlaufen.“

Ob die polizeiliche Verfügung, den vom 19. auf den 12. September vorverlegten NPD-Aufmarsch in Münster zu verbieten, das letzte Wort in der Sache ist, kann zum jetzigen Zeitpunkt (5. September) nicht gesagt werden. Begründet hat der Münsteraner Polizeipräsident seine Entscheidung damit, daß dies keine Wahlveranstaltung, sondern ein Protest gegen die in der VHS Münster stattfindende Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“ ist.

Die beiden gerichtlichen Entscheidungen (die sich würdig in so manche einstweilige Verfügung zugunsten faschistischer Aufmärsche einreihen) zeigen wieder nur eines: Es mag zwar hier und da mal ein Faschistenklügel verboten werden. Für die „freiheitlich demokratische Grundordnung“ oder „wehrhafte Demokratie“ aber sind die Faschisten generell ein unentbehrlicher Bestandteil, auf den man zurückgreifen können will, wenn es mal wieder gilt, die bestehende Ordnung weiter nach rechts zu rücken.



Weitaus gefährlicher erscheint den Regierenden da trotz aller Zersplitterung die politische Linke. Ohne gesetzliche Grundlage strebt Bundesinnenminister Kanther eine enge Zusammenarbeit zwischen Bundeskriminalamt (BKA) und Bundesnachrichtendienst (BND) an. Diese Zusammenarbeit soll sich auf die Bereiche Organisierte Kriminalität, Rauschgiftschmuggel, Nuklear- und Waffenhandel, Linksextremismus und -terrorismus, politische Ausländerkriminalität, Luftsicherheit, Spionage und Staatsschutz erstrecken (*Frankfurter Rundschau*, 18.08.98). Seit Verabschiedung des „Großen Lauschangriffs“ hat sich die Zahl der Überwachungsanordnungen sprunghaft erhöht: gegenüber 1996 stieg sie 1997 um 21 % auf 7776 Fälle (laut Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des Grünen-Abgeordneten Manfred Such).

KD

„National befreite Zone“ - Zonen, in denen der nazistische Wahnsinn regiert

Immer öfter taucht der Begriff „national befreite Zone“ auf - sei es nun im Internet, in theoretischen Schriften oder im Sprachgebrauch. Was verbirgt sich dahinter, wie definiert sich dieser Begriff. Handelt es sich um eine Alltagserscheinung oder nur um einen Strategiebegriff? Vielleicht erst ein paar Worte zur Lage: Man liest und hört ja so manches über faschistische Gewalt, ob nun bei der Bundeswehr, auf den Zeltplätzen in Mecklenburg-Vorpommern, in brandenburgischen Kleinstädten oder im Mc Donalds um die Ecke.

Diese stückchenweise übermittelten und vereinzelt Informationen werden aber nie als Ganzes gesehen bzw. gedacht. Auf Befragung von Polizisten und Lehrern in Brandenburg schätzten diese ein, daß über 90 % der Jugendlichen dort rechtsextrem orientiert sind. Bei den Erwachsenen sieht die Situation ähnlich aus. 80 % sollen eine mehr oder weniger rechte Meinung haben (*Berliner Zeitung*, 31.01./01.02.98). Nach einer Studie der Freien Universität Berlin würden im Ostteil der Stadt 20 % der SchülerInnen und Azubis (= Auszubildende)* bei Wahlen rechtsextremen Parteien ihre Stimme geben. Fast 7 % würden, falls das möglich wäre, die verbotene FAP wählen (laut Verfasser der Studie, Prof. Merkens).

Ganze Gebiete sind „national befreite Zonen“. Eine solche „Zone“ kann alles mögliche sein: ein S-Bahn-Waggon, in dem nur Nazis fahren dürfen, ein Jugendclub, ein Mietshaus, ein Kiez, ein Dorf, ein Stadtteil usw. - überall dort, wo rechte Hegemonie herrscht, d.h. wo Andersdenken-

de sich nicht mehr äußern können, geschweige denn so leben können, wie sie wollen.

Die „befreite Zone“ ist längst bittere Realität. Dazu ein eher noch „harmloseres“ Beispiel: Im Juli 97 wollte ein ZDF-Kamerateam eine Reportage über rechtsextreme Strategien drehen. Am Abend des 11. Juli 1997 bog das gut getarnte Kamerateam auf den Paul-Frost-Ring in Fürstenwalde bei Berlin ein. „Gut getarnt“ heißt: Man gab sich als Medienvertreter äußerlich nicht zu erkennen. Die Kamera war außerhalb des Wagens mit hessischem Kennzeichen nicht zu sehen. Begleitet wurde das Team von einem zweiten Wagen mit Potsdamer Kennzeichen. Bereits nach der ersten Runde ums Karree kam dem Fernseherteam ein Fürstenwalder Fahrzeug entgegen, dessen Insassen durch ihr Outfit keinen Zweifel an ihrer rechten Orientierung ließen. Während der Wagen mit dem Kamerateam ein zweitesmal das Karree passierte, gesellte sich ein zweites Fürstenwalder Fahrzeug hinzu. Die „fremden“ Wagen fuhren schließlich in der Mitte der beiden „Aufklärer“. Dann näherten sich immer mehr Autos, die mit Nazis besetzt waren. Nazis beugten sich aus den Fenstern. Nazis traten aus den Hauseingängen. Das Fernseherteam verließ schließlich, eskortiert durch die beiden „Aufklärer“, das Wohngebiet. Über Umwege fuhr das Fernseherteam dann ins mitten in Fürstenwalde gelegene Büro des Mobilien Beratungsteams Brandenburgs. Gefolgt war ihnen scheinbar niemand. Als jedoch ein paar Stunden später ein Mitarbeiter eines der Fenster öffnete, grüß-

te von der gegenüberliegenden Straßenseite einer der „Kameraden“ herauf.

So oder so ähnlich sieht die Realität bereits in vielen Gebieten aus. Den Nazis stehen dabei vielfach bessere technische Ausrüstungen zur Verfügung als der Polizei: Autos, CB-Funk, Handys lassen sie Kontrolle über alles und jeden in ihrer „Zone“ ausüben. So ist es nicht mehr verwunderlich, daß Schulkinder in Hoyerswerda es schon ganz normal finden, rechts zu sein. Daß durch diese Hegemonie selbst LehrerInnen, die bisher als demokratisch galten, extrem rechtes Gedankengut „unbemerkt“ nachplappern und „deutschen Fleiß“ verlangen, zeigt die Tragweite der derzeitigen Situation.

Wie entstehen nun solche „befreiten Zonen“? Dabei gehen die Nazis manchmal regelrecht nach Konzepten vor. Hier kurz erläutert am Beispiel eines Berliner Jugendclubs (in Treptow). Am Anfang stehen kleinere Provokationen: Die Normen werden gebrochen, faschistische Musik gehört, ausländerfeindliche Parolen gerufen, T-Shirts, Aufnäher und Anstecker aus der Fascho-Szene getragen, Andersdenkende eingeschüchtert. Als nächstes beginnt man andere zu Mitwissern zu machen: Nach dem Clubbesuch geht man los, linke „Zecken“ und Ausländer „aufzuklatschen“. Danach wird über die Aktionen groß berichtet - es gibt nun keinen mehr, der es wagen würde, dagegen auch nur verbal Widerstand zu leisten - alle passen sich an. Nun kommt es zum „Proselytensyndrom“ (1), d.h. die

MitläuferInnen glauben, ihre Konformität durch besondere Radikalität und Brutalität beweisen zu müssen ..., und dies zieht immer weitere Kreise. Es kommt zur Gründung „mobiler Trupps“, die sich spontan im Umfeld einer Aktion ergeben und Ansätze für kurzfristige, aber effektive Strukturen bilden. Es tauchen immer mehr Propagandamaterialien auf. Mit der Zeit beginnt die Organisierung in „Kameradschaften“ oder Parteien und die gleichzeitige Disziplinierung ihrer Mitglieder. Es werden Kontakte zur ansässigen Bevölkerung aufgebaut, um Akzeptanz gekämpft, weitere „Gebiete erobert“ - so kann sich, Zug um Zug, auch die nähere und weitere Umgebung zur „national befreiten Zone“ entwickeln.

In solch einer „befreiten Zone“ ist es dann aber lebensgefährlich, anders zu sein. Wenn man sich weigert, an Aktivitäten teilzunehmen, kann das die härtesten Konsequenzen nach sich ziehen. Oft reicht es aber auch schon, nicht so auszusehen, wie die Faschoszenen-Mode es vorschreibt.

Wer sich heute also noch dem Glauben hingibt, Nazis seien stotternde, bierbäuchige Glatzköpfe, denkt und handelt fahrlässig. So konnten sich z.B. „Die Nationalen e.V.“ im November 1997 auflösen, denn ihre Zielsetzung, in die Alltagskultur einzudringen und sie entscheidend zu bestimmen, erschien ihnen als erfüllt. Konsequenterweise wurden fast alle

Orts- und Kreisverbände nun geschlossen in die NPD/NJ eingeführt.

Die Basis der Theorie der „befreiten Zonen“ sind Gedanken des italienischen Revolutionärs Gramsci (2). Hierbei geht es um die Umgestaltung der Gesellschaft auf der Grundlage kultureller und politischer Hegemonie. Beispiel: Während der Intifada in den von Israel besetzten Gebieten gab es mehrere „befreite Gebiete“, in denen zwar die Zionisten noch die militärische Macht innehatten, aber die Volkskomitees Parallelstrukturen errichteten: eigene Bildungs- und Gesundheitseinrichtungen, Kindergärten, Schulen, eine eigene Rechtsprechung, die das „Recht“ der Besatzer komplett ignorierte, usw. In anderen Teilen der Welt, in denen kommunistische und revolutionäre Befreiungsbewegungen agieren, werden diese Konzepte der „befreiten Gebiete“ noch heute in die Praxis umgesetzt - so z.B. in Kolumbien in den Einflußbereichen der EPL (CPC/ML) (= Volksheer der Befreiung, KP Kolumbiens/ML)*. **Die Theorie und die Praxis der „national befreiten Zonen“ ist also nichts anderes als eine extrem perverse Kopie linker Ideen, die, wenn sie wirklich mit faschistischen Inhalten gefüllt werden, zu einer echten Gefahr werden können.** Die Zeitung der „Neuen Rechten“ *Junge Freiheit* schreibt zu diesem

Thema: „*Noch wichtiger für die Rechte aber dürfte der Italiener Antonio Gramsci sein, kommunistischer Vordenker und Vertreter der Theorie der 'kulturellen Hegemonie'. Er verwies darauf, daß im politischen Kampf nicht die Methoden der Herrschenden nachzuäffen seien, sonst gerate man fast zwangsläufig in einen Hinterhalt.*“

(TB, BeT, Chr)

*) Hinweis der Redaktion.

(1) Als „Proselyten“ (griechisches Wort für „Abkömmlinge“) werden Personen bezeichnet, die von einer Religion oder Partei zu einer anderen übertreten. In der Antike wurden Heiden, die sich den Jüdischen Gemeinden anschlossen, als Proselyten bezeichnet und so etwa gegen „Gottesfürchtige“, die zwar Sabbatgebote und mosaische Speisegesetze befolgten, aber nicht durch Beschneidung zum Judentum übertraten, abgegrenzt. Im europäischen Mittelalter (13. Jahrhundert) wurden Nichtjuden, die unter Juden wohnten, ohne zum Judentum überzutreten, als „Proselyten des Tores“ bezeichnet. Als „Proselytenmacher“ werden besonders zudringliche Bekehrer bezeichnet.

(2) Antonio Gramsci (geboren 1891, gestorben 1937 in Haft) war ab 1919 Redaktionssekretär der sozialistischen Zeitung *Ordine Nuovo*, 1921 Mitbegründer der Kommunistischen Partei Italiens und wurde 1926 unter Mussolini zu 20 Jahren Haft verurteilt. Als Philosoph begreift er den Marxismus als dialektische Philosophie der Geschichte und von daher aktuell politisch als Einheit von Theorie und Praxis im revolutionären Handeln der Arbeiterbewegung. Seine Werke kamen posthum heraus, insbesondere „Briefe aus dem Kerker“ (deutsch 1962), „Philosophie der Praxis“ (Auswahl, 1967).

Originaldokument
aus *Vorderste Front*
Nr. 2:

Eine der Hauptthesen unserer NATIONALREVOLUTIONÄREN POSITION lautet, daß Europa unzweifelhaft der Brennpunkt aller zukünftiger politischer Entwicklungen sein wird. Deutschland wiederum liegt im

Schafft befreite Zonen!

Zentrum unseres Kontinents, weshalb nicht viel Intelligenz dazugehört, um die Vorgänge in unserem Vaterland als besonders wichtig für das weitere Schicksal Europas anzuerkennen. Schließlich wird Mitteldeutschland (1) in den nächsten Jahren eine Hauptkrisen-

region nicht nur im gesamtdeutschen, sondern im gesamteuropäischen Zusammenhang sein. Diese nicht gerade umwerfend neue Erkenntnis ist Grundlage all unserer Überlegungen. Einer korrekten Analyse muß aus unserer Sicht eine These, dieser dann eine kon-

krete Tat folgen. Wer das nicht einsieht, ist politikunfähig und verkommt zum Schwätzer. Wenn also im folgenden von BEFREITEN ZONEN die Rede ist, so wird automatisch vorausgesetzt, daß diese Zonen in erster Linie in Mitteleuropa zu schaffen sind.

Was heißt das - befreite Zonen?

Wir betrachten die befreiten Zonen aus konzeptioneller Sicht, also aus der Sicht des politischen Aktivisten. Es geht keinesfalls darum, eigenständige staatliche Gebilde oder ähnlichen Unsinn ins Leben zu rufen. Nein, befreite Zonen bedeutet für uns zweierlei: Einmal ist es die Etablierung einer GEGENMACHT. Wir müssen Freiräume schaffen, in denen WIR faktisch die Macht ausüben, in denen WIR sanktionsfähig sind, d.h. WIR sanktionieren (2) Abweichler und Feinde, WIR unterstützen Kampfgefährten und -gefährten, WIR helfen unterdrückten, ausgegrenzten und verfolgten Mitbürgern. Das Regime und seine Büttel werden in der konkreten Lebensgestaltung der politischen Aktivisten der Stadt ZWEITRANGIG. Entscheidender wird das Verhalten derer sein, die für die Sache des Volkes kämpfen, unwichtig wird das Gezeter der Systemmedien (3) sein. Wir sind drinnen, das Regime bleibt draußen. Natürlich besitzt das Regime weiterhin alle Möglichkeiten der Repression, von der Pistole und dem Wasserwerfer bis zur Abhörwanze. Aber diese Waffen werden stumpf, sie werden entweder nicht mehr eingesetzt, weil die GEGENMACHT so groß geworden ist, daß offene Unterdrückung nicht mehr machbar, weil unkalkulierbar geworden ist oder aber der Einsatz der Unterdrückungsinstrumente wird wirkungslos. Das gilt vor allem für psychologische Waffen (Abhörwanzen, Erpres-

sung, Existenzvernichtung, Hetze, Kriminalisierung usw.). Für die Volkskämpfer sind derartige Repressionen irrelevant geworden, entscheidend wird die Solidarität des Volkes, das Ansehen bei den Mitkämpfern sein.

Als Corneliu Codreanu (4) Anfang der zwanziger Jahre von den Marionetten des rumänischen Regimes vor Gericht gezerrt werden sollte, meldeten sich 20.000 (in Worten: zwanzigtausend!!) Verteidiger, um ihm beizustehen. Trotz Terror, wüster Lügen und wilder Beschimpfungen weigerten sich ALLE Geschworenen, Codreanu (er hatte zusammen mit seinen Kameraden einen Verräter hingerichtet) schuldig zu sprechen. Der Freispruch mündete in ein riesiges Volksfest, die Rückfahrt Codreanus in seine Heimatstadt glich einem einzigen Triumphzug. Obwohl das reaktionäre rumänische Regime noch immer die Macht hatte, moralisch und geistig hatte die Eiserne Garde eine solche enorme GEGENMACHT aufgebaut, daß eine Verurteilung Codreanus einen landesweiten Volksaufstand zur Folge gehabt hätte. Und ganz entscheidend noch: jeder Rumäne, dem Begriffe wie Würde, Mut und Anstand etwas bedeuteten, stellte sich auf die Seite der Nationalisten. Die Systembüttel fielen der totalen Verachtung anheim, niemand wollte etwas mit ihnen zu tun haben, die Töchter des Chefanklägers weigerten sich, weiterhin zusammen mit ihrem Vater an einem Tisch zu sitzen, sie brachten Codreanu und seinen Kameraden Geschenke ins Gefängnis. Diese Form der GEGENMACHT ist stärker als tausende Maschinengewehre, Fernsender oder Wanzen.

Zweitens bedeutet für uns die Schaffung befreiter Zonen eine KLÄRUNG unter allen revolutionären Gruppen. Indem wir die Vorherrschaft in den Herzen und

Köpfen der Menschen errungen haben, entlarven wir gleichzeitig die extreme Linke, die Autonomen und weitere Artverwandte als systemimmanente Wirrköpfe. Diese werden sich nämlich in der aufkommenden Panik, die unsere auch noch so winzigen Anfangserfolge bei ihnen auslösen werden, flugs in die Arme des Regimes werfen. Sie werden das Regime um Hilfe anbetteln, unser Verbot fordern, uns närrische Schimpfnamen andichten. Kurz, sie werden brav ihre Rolle als fünfte Kolonne in den Reihen der Opposition spielen. Die Menschen in der befreiten Zone werden sich aber kein X für ein U vormachen lassen und den genannten Schreihälsen mit tiefer Verachtung begegnen.

Warum brauchen wir befreite Zonen?

Der Kampf für die Sache des Volkes ist ein langes und zähes Ringen um die Herzen und Hirne der Menschen. Die Volkskämpfer brauchen Bereiche, wo sie Kraft tanken, Zuversicht und Mut schöpfen können. In einem Meer der Dunkelheit brauchen sie Orte der Helle. Befreite Zonen sind aber auch Plätze, wo die Menschen unsere Worte an unseren Taten messen können. Sie sind Mikrokosmen der Gemeinschaft, die wir für ALLE anstreben. Befreite Zonen in unserem Sinne sind Bereiche, wo der zentrale Widerspruch unserer Zeit, nämlich der Widerspruch Identität/Entfremdung, zugunsten der Identität aufgelöst wird. Es sind Orte der Geborgenheit, des Dazugehörens, der Wärme, der Solidarität. Sie sind Heimat für die Heimatlosen. Befreite Zonen sind sowohl Aufmarsch- als auch Rückzugsgebiete für die Nationalisten Deutschlands.



**Der Weg zur
befreiten Zone**

Je weniger wir von den Einrichtungen des Regimes und seinen Bütteln abhängig sind, desto mehr nähern wir uns einer Befreiten Zone. Eine Befreite Zone ist also nicht in erster Linie geographisch bestimmt. Das soll durch einige Beispiele, die durchaus Vorbildcharakter haben, erläutert werden. Es ist ein beliebtes Mittel westlicher „Demokratien“, Dissidenten und Andersdenkende nicht einzusperrn oder deren Organisationen zu verbieten, sondern man bedient sich der wirtschaftlichen Erpressung. Abweichler werden in den finanziellen und wirtschaftlichen Ruin getrieben bzw. es werden ihnen entsprechende Konsequenzen angedroht, wenn sie nicht den Buckel krumm machen und kuschen. Das Stichwort „Berufsverbot“ ist dabei nur der plumpe Versuch seitens des Systems, die Untertanen zur Botmäßigkeit zu zwingen. Die Wirklichkeit sieht meistens anders aus. Die Abweichler werden durch die Massenmedien so sehr verleumdet und kriminalisiert, daß der Normalbürger, der sich zumeist kein objektives Bild machen kann, möglichst nichts mit diesen „Chaoten“, „Rowdies“, „Extremisten“, „Neonazis“, „Terroristen“ bzw. „Rechtsradikalen“ zu tun haben will. Private Arbeitgeber werden aus schierer Angst vor den Medien des Systems und in der Regel WIDER BESSERES WISSEN entsprechend titulierte Mitarbeiter entlassen. Obwohl sie rein rechtlich das oft nicht können, ein Anlaß ist IMMER und SCHNELL gefunden. Die Berufsverbote in staatlichen Institutionen wurden nicht deshalb eingeführt, um den Staat vor der Unterwanderung zu schützen, sondern um das letzte Schlupfloch der Dissidenten - eben den Staatsdienst, wo man kraft des Gesetzes normalerweise UNKÜNDBAR ist - zu schließen.

Damit hat es das System in den westlichen „Demokratien“ in der Tat erreicht, daß für TATSÄCHLICHE Dissidenten ein vollständiges Berufsverbot gilt.

Zumindest solange man sich ÖFFENTLICH zum Abweichler-tum bekennt. Was man PRIVAT tut, ob man sich zuhause zehn Hakenkreuzfahnen in jedes Zimmer hängt, das interessiert (noch) niemanden, weil niemand es sieht.

DAS REGIME VERSUCHT ALLES, UM JEDE FORM DES WIDERSTANDES INS UNVERBINDLICHE, INS PRIVATE UND DAMIT LETZTLICH INS UNPOLITISCHE ABZUDRÄNGEN ODER IN OFFENKUNDIGE SACKGASSEN ZU LENKEN

- es ist kein Zufall, daß Autonome und „Antifas“ offenkundig Narrenfreiheit genießen. Noch weniger Zufall ist es, daß man entsprechende Klamotten bereits im Kaufhaus erwerben kann. Was kann man gegen dieses teuflische System tun? Man kann offen so weitermachen wie bisher und als Sozialfall enden. Oder resignieren oder Kompromisse machen. Man kann aber auch versuchen, sämtlichen Erpressungsversuchen zu entgehen, indem man sich selbst zum Arbeitgeber macht. Man muß hier Sektoren abdecken, die vom Feind nicht genutzt werden können.

Hierzu einige Beispiele:

Errichtung eines unabhängigen Buchladens, wo man AUCH Bücher und Schriften, Aufkleber und Flugblätter kaufen kann, die man sonst nirgends bekommt. Keine Angst, in jeder Region Deutschlands besteht eine genügend große, freilich oft völlig isolierte Szene, so daß sich ein solcher Laden rechnet. Oder eine Druckerei, eine Werbeagentur, ein Reiseunternehmen für kleine Geldbeutel. Man kann „T-Hemden“

oder Schallplatten verkaufen, es gibt tausend und eine Möglichkeit, aus dem System auszubrechen und Geld zu verdienen, OHNE daß man sich ruiniert oder man zum Hampelmann des Systems wird. Und keine Angst, wenn sich Euer Laden rumgesprachen hat, wenn Eure Qualität und Zuverlässigkeit über dem Durchschnitt liegt, die Mund-zu-Mund-Propaganda gegriffen hat, dann werdet Ihr Euch vor Aufträgen nicht mehr retten können. Hinzu kommt das Stichwort der VERNETZUNG. Gleichgesinnte Initiativen, die an verschiedenen Orten bestehen, müssen engen Kontakt halten, voneinander wissen, einander helfen, vom Telefonkontakt über das Fax bis zum Computer mit Modem - auch hier gibt es keine Grenzen.

In Leipzig wollen Aktivisten der NATIONALREVOLUTIONÄREN POSITION ein fetziges, witziges und qualitativ hochstehendes Flugblatt machen. Statt zu verzweifeln, weil man nicht einmal eine vernünftige Schreibmaschine hat usw., wendet man sich an ein dem Netzwerk angeschlossenes Text- und Graphikbüro. Dort ruft man an bzw. faxt hin, was man will. Und schon hat man das druckfertige Exemplar - falls man faxen kann, ist das eine Sache von STUNDEN, nicht von Wochen oder gar Monaten. Drucken wird man es dann über die dem Netzwerk angeschlossene Druckerei. Dann schickt man das Flugblatt an andere Regionale Aktionsgruppen - und siehe da, es gefällt auch den Leuten in Berlin und in Oberbayern. DAS ist Vernetzung, das ist eine BEFREITE ZONE, denn die Produktion dieses Flugblattes kann durch nichts und niemanden aufgehalten werden.

Aber davon kann man noch nicht leben, wird eingewandt wer-

Ein Beispiel

den. Richtig, wenn man sich nicht der nützlichen Idioten bedient. Es gibt zahllose Gruppen in diesem Land, die zu dumm, zu faul sind, ein vernünftiges Flugli zu produzieren. Die wissen jetzt, an wen sie sich, gegen natürlich abzudrückende Kohle, zu wenden haben. Es gibt auch sonst viele Leute (vom Fachgeschäft vor Ort bis zum Kaninchenzüchterverein), die ein schnell produziertes, angemessenes teures Flugblatt oder auch einen Speisezettel oder eine Werbeschrift oder was weiß ich einem teuren, langsam produzierten und zudem schlecht gemachten Äquivalent vorziehen, das von politisch ungefährlichen Stümpfern gemacht wird. Also noch einmal, unsere Druckerei und unser Graphik- und Textbüro wird einmal von den Leuten leben, die meinen, uns politisch nahezustehen, und von ganz normalen Leuten, die halt Qualität vorziehen. Anfangs wird es sicher nur wenige solcher Einrichtungen geben, aber wenn die Vernetzung greift, der Erfolg sich rumspricht, was oft sehr schnell geht, und wir immer mehr Bereiche des stinknormalen Lebens „auskoppeln“ und zur BEFREITEN ZONE erklären können, umso dichter wird das Netz, umso professioneller unsere Arbeit, umso höher unser Ansehen. Das Stichwort BEFREITE ZONE muß man noch auf zwei weitere Bereiche ausdehnen.

1. Die Straße. Aus konzeptioneller Sicht befinden wir uns dann in einer BEFREITEN ZONE, wenn wir nicht nur ungestört demonstrieren und Info-Stände abhalten können, sondern die Konterrevolutionäre dies genau NICHT tun können. Dazu muß man sich die Orte genau auswählen. Es genügen zehn oder zwölf entschlossene Revolutionäre, und WIR bestimmen, was aus konzeptioneller Sicht in einer Stadt ist und was nicht.

Alles mit dem Volk

2. Das Wohngebiet. Revolutionäre dürfen nicht über das gesamte Stadtgebiet zerstreut wohnen, sondern sie sollten sich möglichst auf ein Wohnobjekt und einen Straßenzug konzentrieren, um vor Ort sichtbar Macht auszudrücken. Dann ist es unabdinglich, mit der ansässigen Wohnbevölkerung in INTENSIVEN Kontakt zu treten, den Leuten immer und überall zu helfen. Das ist übrigens der fundamentale Unterschied zu gleichgearteten Bemühungen der Linksextremisten. Während wir MIT dem Volk uns solidarisieren, mit ihm kämpfen und siegen werden, versuchen sich die Genossen vom anderen Ufer von genau diesem Volk abzukoppeln, sie kämpfen GEGEN das Volk, weshalb sie verlieren müssen. Beispiele: Alten Leuten kann man beim Ausfüllen von Formularen helfen, sie beim Einkauf unterstützen, man kann Babysitter bei arbeitenden Ehepaaren oder alleinstehenden Müttern spielen, man kann den Garten in Ordnung bringen, die Straßen sauber und durch regelmäßige Nachtpatrouillen sicher halten. Man kann gegen den Zuzug eines Supermarktes, die Vertreibung alteingesessener Mieter durch Miethaie, die Schließung des kleinen Eckladens, den Aufmarsch von Scheinasylanten und anderen Lichtgestalten oder den Bau einer Autobahn durch das Wohnviertel protestieren und agitieren. Man muß so handeln, daß man in einem Meer der Sympathie schwimmt, daß die „normalen“ Bewohner für uns „die Hand ins Feuer legen“. Dann wird dem Staat jede Form der Unterdrückung nicht nur nichts nutzen, sondern das genaue Gegenteil bewirken: die Menschen werden noch stärker in unsere Arme getrieben. Für die Menschen vor Ort werden WIR und nicht anonyme politische Strukturen und

arrogante Politiker und Bürokraten das Maß aller Dinge sein. WIR sind die Elite dieser Wohngegend, UNS traut man zuerst, WIR sind die Vorbilder und WIR haben die Macht, die wir nicht mißbrauchen, eben weil wir sie wirklich und nicht nur fiktiv haben. Allerdings ist das soeben mühselig erkämpfte Ansehen sehr schnell wieder durch UNWÜRDIGE aller Spielarten zu verspielen. Weshalb wir auf die charakterlichen Eigenschaften unserer Mitkämpfer nicht genug Wert legen können.

Ist auf diese Weise einmal ein Straßenzug - es kann natürlich auch ein kleines Dorf sein - zur BEFREITEN ZONE innerhalb einer national befreiten Stadt geworden, haben wir also konkrete Gegenmacht erobert, dann wird sich dies rasend schnell herumsprechen. Dann hat der Staat nurmehr zwei Möglichkeiten. Entweder greift er brutal durch und entlarvt sich offen als die Diktatur, die er heimlich schon immer gewesen ist. Oder aber der Staat weicht zurück - erst langsam, dann im Schweinsgalopp und schließlich in panikartiger Flucht. Wir sehen also, wenn wir all unseren Idealismus, unsere Kraft, unseren Glauben und unseren Mut konzentrieren, dann können wir nur siegen und das Böse, den Weltstaat, vernichten. Aber der Kampf wird äußerst hart sein, viele Rückschläge, mancher Verrat und manche Überraschung - gute und böse - bringen. Viele werden unseren LEUCHTENDEN WEG (5) wieder verlassen, aber andere werden dazustoßen, Verlorengeliebte und Neugewonnene werden diese Lücken mehr als füllen. Aus Rinnsalen werden Bäche, aus Bächen wird der große Strom, der alles mit sich reißt, das sich der Sache des Volkes entgegenstemmt. Und wir

Leuchtender Weg

und Ihr könnt einmal voll Stolz sagen:

ABER WIR HABEN DIE QUELLEN OFFENGELEGT! WIR HABEN DAS GUTE IN UNS UND IM DEUTSCHEN VOLK WIEDERENTDECKT!

Wem der Schluß zu pathetisch war: Jede Revolution braucht, so wie sie ihre Flagge und ihr Symbol braucht, ihr PATHOS!

Vorderste Front ist die Publikation des Nationaldemokratischen Hochschulbundes e.V. Texte aus dieser Zeitschrift, wie der vorliegende, werden gern von allen möglichen Fascho-Publikationen, von der *Jungen Freiheit* bis zu Internet-Seiten von Terror-Organisationen, wie z.B. des White Aryan Resistance (WAR), übernommen.

Anmerkungen der Redaktion:

(1) Gemeint sind die neuen Bundesländer.

(2) Im Sinne von „bestrafen“ gemeint.

(3) Als „System“ wird die sogenannte Freiheitlich demokratische Grundordnung bezeichnet.

(4) Corneliu Zelea Codreanu (geboren 1899 in Iasy, auf der Flucht bei Bukarest erschossen 1938) gründete 1927 die antisemitische und antikommunistische „Legion Erzengel Michael“, die 1931 in Eiserne Garde umbenannt wurde, mit ihrer faschistischen Propaganda 1933 fünf Sitze im rumänischen Parlament errang, jedoch nach dem Attentat auf den rumänischen Ministerpräsidenten Duca verboten (Codreanu wurde wegen Hochverrats verurteilt), dann aber von Ducas Nachfolger Tartaescu heimlich gefördert wurde, den Beitritt Rumäniens zum Antikominternpakt verfocht und 1940 mit Ministerpräsident Ion Antonescu den „Nationallegionären Staat“ in Rumänien begründete; 1941 jedoch erhob sich die Eiserne Garde (unter ihrem Führer Horia Sima) gegen Antonescu, der mit Unterstützung Hitlers den Aufstand blutig niederschlug.

**Dortmund-Jungferntal:
k e i n e „national befreite Zone“!**

Für Verbot aller neofaschistischen Organisationen und ihrer Propaganda!

Der Stadtteil Jungferntal ist ein im Grünen gelegenes reines Wohngebiet im Dortmunder Nordwesten, das nach dem 2. Weltkrieg vor allem für Bergleute der umliegenden Zechen gebaut wurde. Die Zechen sind inzwischen alle geschlossen, das Jungferntal bleibt lebendig. Es hat seinen Namen nicht daher, daß dort vor allem sexuell unerfahrene weibliche Wesen wohnen. Bis Mitte der fünfziger Jahre lag dort ein Feuchtgebiet, in welchem im Sommer viele Libellen herumschwirrten, die im Ruhrgebiet oft „Jungfern“ genannt werden. Seit einiger Zeit treiben dort einige Wesen überwiegend männlichen Geschlechts ihr Unwesen. Sie scheinen ihr Selbstbewußtsein nicht daraus zu schöpfen, daß sie

Menschen mit Herz und Verstand sind, sondern ausschließlich daraus, daß sie mit deutschem Paß geboren wurden. Mindestens zwei von ihnen gehören der NPD an, etwa 6-8 andere Jugendliche scheinen vor allem 'mitzulaufen'.

Wobei? Außer daß sie tagsüber meist einen bekannten Kiosk belagern, belästigten sie die Anwohner u.a. damit, daß sie nachts „Heil-Hitler“ grölend durch die Wohnstraßen marschierten und die Leute aufweckten. Vor einigen Wochen zerstörten sie systematisch die gerade aufgehängten Wahlplakate der MLPD (Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands), die hier relativ stark ist. Deren Direktkandidatin Irene Nierstenhöfer wohnt hier und führt im Wohngebiet eine gut gehende Arztpraxis. Sie erstattete Anzeige und die Jungferntaler Wählerinitiative „Aufstehen“ bildete eine Telefonkette. Aufkleber, vor allem mit der Forderung nach „Verbot aller neofaschistischen Organisationen“ und „Für einen echten Sozialismus“ wurden massenhaft, vor allem auch von Kindern und Jugendlichen, verbreitet. Ein Aktionstag wurde mitten im Wohngebiet veranstaltet, am 12.9. soll ein Fest der Wählerinitiative mit dem Motto „Mit Power und Schwung für die Zukunft der Jugend“ stattfinden. (Je nach Erscheinungsdatum der Antifaz: ... fand statt.)

Seitdem halten sich die Neofaschisten in diesem Gebiet eher zurück. Allerdings beklagen einige ausländische Bewohner ihre zerstörten Autoreifen. Die Täter wurden, im Gegensatz zu den anderen Machenschaften, noch nicht dingfest gemacht.

Was ist der Hintergrund für diese Dreistigkeiten? Die Neofaschisten meinten durch die systematische Förderung der DVU durch den Staat Oberwasser zu haben. Durch rassistische Forderungen wie „kriminelle Ausländer bzw. deren Eltern raus“ und Zuwendung von Millionenbeträgen aus Steuergeldern werden sie von höchsten offiziellen Stellen der BRD gestützt. Daß diese jungen deutschen Herrschaften selbst zu kriminellen Machenschaften greifen, soll der Einschüchterung andersdenkender Deutscher und Ausländer, dienen.

Hintergrund vor Ort im Jungferntal ist, daß die von dem Konzern VEBA betriebenen Wohnungen jetzt v.a. durch Nebenkosten immer teurer werden und aus der Sozialbindung fallen. Das hat zur Folge, daß die inzwischen erwachsen gewordenen Kinder der dort Ansässigen sich hier kaum noch eine Wohnung leisten können, statt dessen viele „Fremde“ oder auf Sozialhilfe Angewiesene einziehen. Diese haben oftmals einen anderen, oft bescheideneren Lebensstil als die alteingesessenen

den kurdischen Befreiungskampf ausdrücken", klagen Kurden im Aufruf der Karawane die Verbotspolitik der Bundesregierung an. Die Karawane will "nicht zulassen, dass Deutschland seine Verantwortung für die Ursachen der Flucht leugnet". Mit mehr als 30 000 Plakaten und 80 000 Flugblättern haben die Initiatoren für eine der größten Aktionen im Kampf gegen Rassismus mobilisiert. Die Karawane, die mit einem Reisebus und mehreren Kleintransportern, zeitweilig auch zu Fuß oder per Schiff unterwegs ist, war am 19. und 20. August in Lübeck und Rostock, um der rassistischen Brandanschläge und Pogrome zu gedenken. Von Berlin aus führen die Teilnehmer am 23. August mit einem Taxikonvoi an die polnische Grenze. Im vergangenen Jahr verurteilten Gerichte Taxifahrer aus der Grenzregion, weil sie Flüchtlinge ohne gültige Papiere transportiert hatten. Am 30. August war die Karawane Bestandteil der alljährlichen Demonstration gegen den größten Abschiebeknast der Bundesrepublik im nordrhein-westfälischen Büren. Am 6. September führen die

TeilnehmerInnen nach Straßburg und trafen sich dort mit Vertretern der französischen Flüchtlingsorganisation "sans papier". Zum Abschluss rufen die InitiatorInnen am 19. September zu einer bundesweiten Demonstration in Köln auf, zu der sich schon englische, französische, niederländische und dänische Flüchtlingsorganisationen angekündigt haben.

Am 20. September wird in der Domstadt eine bundesweite Konferenz gegen Rassismus und soziale Ungerechtigkeit stattfinden. Kurdische, tamilische, iranische, bosnische und nigerianische Flüchtlingsorganisationen wollen mit ihren UnterstützerInnen darüber diskutieren, "wie es nun weitergehen soll", so ein Sprecher des IMRV. Dabei streben sie die Zusammenarbeit mit anderen sozialen Bewegungen, z.B. den Erwerbsloseninitiativen, an. **Gerhard Klas** (mit frdl. Genehmigung der sozialistischen Zeitung SoZ)



Am 15. September 1998 befindet sich die "Karawane" in **Bochum**.

Dort finden von 11.00 - 12.30 Uhr Kundgebungen vor dem Arbeitsamt, vor dem Rathaus und vor dem Hauptbahnhof statt. Zur Unterstützung finden am **12. September** Aktionen in **Bochum** und **Recklinghausen** statt: In Bochum findet an diesem Tag ab 15.00 Uhr ein "**Internationales Kulturfest**" im **Bahnhof Langendreer** statt. In **Recklinghausen** organisiert der "**Internationale Freundschaftsverein**" (IFV) von 10.00 - 13.00 Uhr eine Kundgebung auf dem Altstadtmarkt mit kulturellem Beiprogramm - es spielt die deutsch-türkisch-kurdische Band "Grup Simko". Am **15. September** findet in Bochum außerdem ab 18.00 Uhr eine Demonstration gegen die NPD-Zentrale in Bo-Wattenscheid statt. Auftakt ist auf dem August-Bebel-Platz in **Wattenscheid**. Am **16. September** findet in **Gelsenkirchen** eine Demonstration gegen die Asylrechtssprechung des Gelsenkirchener Verwaltungsgerichts statt. Beginn ist hier um 10.00 Uhr vor dem Musiktheater in Gelsenkirchen.



Hinweise zu
Unterstützungs-
aktionen für die
Karawane im
Ruhrgebiet:

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
Hattinger Straße 188 44795 Bochum
Tel. 0234/ 450590
FAX: 0234/452288

Kontrolliert-biologischer Anbau
BIOLAND-Getreide
Eigene Mühle

Informationen
Betrieb in Selbstverwaltung

Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

SONNENBLUME
NATURKOST

Lebensmittel aus kontrolliert biologischem Anbau

SPRINGSTR. 2 AM HAUPTBAHNHOF
45657 RECKLINGHAUSEN
TEL.: 02361/13927

Täglich frisches Brot, Gemüse u. Milchprodukte
Wurst und Fleischwaren aus der Bio-Metzgerei
Ökologische Weine, Sekt und Säfte
Naturkosmetik, Haar- und Körperpflegemittel
Individuelle Beratung zur Vollwerternährung

Öffnungszeiten: Mo - Fr. 9^u - 13^u u. 15^u - 18^u Uhr
Sa. 9^u - 13^u Uhr

SOFORTIGE FREILASSUNG VON FATMA MURATDAG UND SALMAN DÖNEKLI!

Am Mittwoch, dem 26. August, fand eine Demonstration zum Abschiebeknast in Neuss statt. Aufgerufen hatte die Kampagne "Kein mensch ist illegal". Der Anlass: Innerhalb eines Monats sind durch die Ausländerbehörde Leverkusen 2 kurdische Flüchtlinge aus dem Wanderkirchenasyl verhaftet worden.

Zuerst **Salman Dönekli**: Trotz vieler Gespräche mit Verantwortlichen sitzt er noch immer in Abschiebehaft in Büren. Auch Versprechungen von PolitikerInnen der Grünen und der SPD haben daran nichts geändert.

Danach **Fatma Muratdag**: Ausgelöst durch eine Denunziations, "dort ist eine Illegale", führte die Leverkusener Polizei am 20.8. eine Razzia in der Wohnung ihrer Familienangehörigen durch. Sie wurde verhaftet und sitzt seitdem im Abschiebeknast Neuss, zuständige Ausländerbehörde ist jetzt Bocholt. Sie war erkrankt und wollte sich bei ihren Angehörigen erholen, denn die Bedingungen in den Kirchenräumen sind zwangsläufig beengt und für kranke Menschen schwierig. Fatma Muratdag ist 51 Jahre, beteiligt sich seit Ende Januar 98 mit ihren beiden Söhnen an der Protestaktion kurdischer Flüchtlinge gegen Abschiebungen in die Türkei. Sie lebte seitdem mit einer Flüchtlingsgruppe in verschiedenen ev. und kath. Kirchengemeinden, u.a. in Poll, Klettenberg, Bocklemünd, Deutz, zuletzt in Brühl. Ihr Gesundheitszustand war zwischenzeitlich immer wieder so besorgniserregend, dass sie auch zur stationären Beobachtung im Krankenhaus Düren war.

Fatma Muratdag und ihre Familie kommen aus dem Dorf Bozlarköy, Kreis Pazarcik. Nachdem ihr Ehemann mehrmals von der türkischen Polizei verhaftet worden war, wurde der Druck auf die Familie so stark, dass sie sich zur Flucht entschlossen. Ein

Schicksal, das sie mit vielen Menschen dieser Region teilt: Seit dem Massaker an der alevitischen Bevölkerung 1978 herrscht dort das Militär mit Kriegsrecht. Razzien, Verhaftungen, Folter und sexistische Gewalt, Dorfzerstörung und Vertreibung sind an der Tagesordnung. Bis heute sind über 80 % der Bevölkerung geflüchtet, die Dörfer sind verlassen, es leben meist nur noch ältere Menschen dort.

So erreichte die Familie Muratdag am 10.7.1990 voller Hoffnung die BRD. Aber ihre Fluchtgründe wurden nicht anerkannt. Sie sollte abgeschoben werden, obwohl die Frist, mit der sie im Rahmen der "Altfallregelung" ein Aufenthaltsrecht unabhängig vom Asylverfahren erhalten hätten, nur um zehn Tage verstrichen war. Sie stellten daraufhin einen Antrag an den Petitionsausschuss, ohne Erfolg. Ihr Anwalt stellte 1996 einen Antrag an die "Härtefallkommission" in NRW und erhielt schließlich 1998 die Mitteilung, dass die Familie offensichtlich untergetaucht sei, und dass die Härtefallkommission grundsätzlich "die Behandlung von Anträgen untergetauchter Ausländer" ausschließt.

Obwohl die Kirchengemeinden gegenüber der Ausländerbehörde Leverkusen und dem Haftrichter bestätigten, dass Fatma Muratdag nach wie vor im Kirchenasyl ist, erging folgender Haftbefehl: "Das Kirchenasyl, welches der Ausländer freiwillig verlassen hat, hindert die Abschiebung nicht". Mit "Ausländer" ist

Frau Muratdag gemeint.

Gewissenlos gehen deutsche Behörden mit dem Leben von Flüchtlingen um. Dies zeigt sich auch am Beispiel von **Süleyman Yadirgi**. Auch er wurde trotz Kirchenasyl verhaftet, abgeschoben und bei der Ankunft in der Türkei verhaftet und gefoltert. Es gelang ihm, abermals in die BRD zu fliehen, doch er sollte erneut abgeschoben werden. Inzwischen hat ein Verwaltungsgericht entschieden, dass ein neues Asylverfahren durchzuführen ist, weil seine Aussagen glaubwürdig sind. Mit der Demonstration zum Abschiebeknast Neuss wurde gegen die Mißachtung des Wanderkirchenasyls protestiert und gefordert, dass die Flüchtlinge bis zum Abschluss der Verhandlungen mit der Landesregierung NRW aus der Fahndung genommen werden und nicht mehr in Abschiebehaft kommen. Gefordert wurde die Schließung aller Abschiebeknäste und Lager, in denen Menschen gefangen gehalten werden, weil sie vor Krieg und Verfolgung, vor Armut, Folter und sexistischer Gewalt hierher geflüchtet sind mit der Hoffnung auf ein menschenwürdiges Leben in Freiheit. Die Kundgebungsteilnehmerinnen und -teilnehmer brachten ihre Solidarität mit Fatma Muratdag und allen in Neuss gefangenen Frauen zum Ausdruck.

Fatma Muratdag muss schon allein aus gesundheitlichen Gründen sofort freigelassen werden!

Kampagne "Kein mensch ist illegal"

Aus dem Vortrag Adolf Hitlers vor einer auserwählten Gruppe von deutschen Großkapitalisten im Düsseldorfer Industrieklub (Teil 2)

Vorbemerkung 2:

Als im Juni 1919 der Vertrag von Versailles, der von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges dem besiegten Deutschland aufgenötigt wurde, kurz vor der Unterzeichnung stand, sagte das *BERLINER TAGEBLATT* voraus, daß die Annahme des Vertrages zur Folge haben werde, daß **in wenigen Jahren der Rachedurst in Deutschland zu einem Sturm anschwellen werde und ein militanter Nationalismus alles mit sich reißen werde**. Die Vertreter der deutschen Wirtschaft sahen die Aufhebung dieses Vertrages als überlebenswichtig an, da seine Bedingungen sie in der Konkurrenz mit den anderen kapitalistischen Großmächten erheblich benachteiligten.

Einige Fakten mögen das verdeutlichen: Deutschland verlor in Europa ein Gebiet von 65.000 km², das von rund 6 Millionen Menschen bewohnt war, ferner sämtliche Kolonien (über 2,5 Millionen km²), es verlor 65 % seines Eisenerzvorkommens, 45 % seiner Steinkohle, 72 % seines Zinks, 12 % seiner landwirtschaftlichen Nutzfläche, 10 % seiner Industriebetriebe. Die deutsche Armee wurde auf 100.000 Mann beschränkt, die Kriegsmarine zur Bedeutungslosigkeit verkleinert, eine Luftwaffe völlig verboten.

Die Destabilisierung und das wirtschaftliche Chaos mündeten in eine Polarisierung der deutschen Bevölkerung, die von den Siegermächten zunächst in Kauf genommen wurde; **die Siegermächte England, Frankreich und USA waren damals vor allem damit beschäftigt, in der Sowjetunion zu intervenieren, um die dort ausgebrochene sozialistische Revolution zu ersticken**. Von der Ostsee aus mischte sich Großbritannien ein und unterstützte alle Kräfte, die eine Destabilisierung der Sowjetmacht zu versprechen schienen, so z.B. die Truppen unter dem ehemaligen zaristischen, nun lettisch-nationalistischen **General Nikolaj Judenitsch**, die sogar bis nach Petrograd (später Leningrad) vordrangen, dort aber geschlagen wurden, aber auch die baltendeutsche „Eiserne Division“ unter dem ehemals preußischen **General Rüdiger Freiherr von der Goltz**, die auf Seiten des späteren Staatschefs von Finnland, **Carl Gustav Emil Freiherr von Mannerheim**, Finnland und das Baltikum unter ihre Gewalt brachten; vom Süden her unterstützten Frankreich und die USA die „weißen“ Armeen unter dem zaristischen **General Anton Antonowitsch Denikin**, dessen Armee 1920 nach ihrer Niederlage aufgelöst wurde, dem aus einem baltendeutschen Adelsgeschlecht stammenden **Pjotr Nikolajewitsch Baron von Wrangell**, dessen „weiße“ Armee in Südrußland operierte und sich 1925 endgültig geschlagen geben mußte und der seine Armee dann nach Istanbul führte, dem zaristischen **Admiral Aleksandr Wassiljewitsch Kolttschak**, der mit französischer Unterstützung eine sibirische Armee gegen die Bolschewiki ins Feld führte, sich in Omsk zum „Reichsverweser“ ausrufen ließ, aber geschlagen und 1920 in Irkutsk von nichtbolschewistischen Gegnern seiner Diktatur erschossen wurde, dem ukrainischen **Ataman Symon Petljura**, der sich nach der Niederlage seiner ukrainischen Armee nach Polen absetzte und mit dem dortigen Regime gemeinsame Sache machte, dem polnischen **Marschall Edward Rydz-Smigly** (einem Offizier der ehemals auf Seiten der Habsburger Monarchie kämpfenden polnischen Legion unter **Jozef Pilsudski**) usw. Alle diese Armeeführer bastelten an einem Bild, das von den Nazis später perfektioniert wurde: am Bild vom „*internationalen bolschewistischen Finanzjudentum*“. Die vom zaristischen Geheimdienst erfundenen „Protokolle der Weisen von Zion“ galten ihnen als Beleg für eine jüdische Verschwörung und als Beweis für die Schuld der Juden am Untergang der Zarenfamilie. In den von den Weißen Armeen beherrschten Gebieten waren denn auch Judenpogrome (wie sie im Zarismus vor dem Ersten Weltkrieg von den „schwarzen Hundertschaften“ betrieben worden waren) an der Tagesordnung. Die von **Theodor Herzl** und seinen Anhängern ins Leben gerufenen **Chowewe Zion** (= Zion-Liebende) waren einerseits eine Reaktion auf den antijüdischen Nationalismus und übernahmen andererseits von ihm den Anspruch einer jüdischen Nation, die auch einen nationalen Staat brauchte, einen Anspruch, den sowohl die Mittelmächte (insbesondere Deutschland) als auch die Entente während des Ersten Weltkrieges mit Versprechungen an diese Zielgruppe (z.B. **Balfour Declaration** über das palästinensische Territorium) für sich zu nutzen gesucht hatten.

Der Kampf um die zunächst von deutschen Truppen besetzte, später von den Ententemächten mit Hilfe einer kurzlebig errichteten Volksrepublik Ukraine übernommene und schließlich von der sich herausbildenden polnischen Militärdiktatur unter Pilsudski teilweise annektierte „Kornkammer“ der Sowjetunion stand im Zentrum dieser Auseinandersetzung. Wäre es der Roten Armee unter dem **Reitergeneral Semjon Michailowitsch Budjonny** nicht gelungen, wenigstens einen Teil der Ukraine zurückzuerobern, so wäre der Aufbau des Sozialismus in einem Lande schon damals unmöglich gewesen, weil er einer Hungerblockade (wie sie die Ententemächte während des Ersten Weltkrieges über das Deutsche Kaiserreich verhängt hatten) nicht hätte standhalten können.

In allen im Osten Europas neu entstandenen Nationalstaaten, insbesondere in Polen wurden nationale Minderheiten, insbesondere die **zahlenmäßig starke jüdische Minderheit, die nirgendwo über ein eigenes Territorium verfügte, bei der nationalistischen Vereinheitlichung als Störfaktoren betrachtet**, und schon im polnisch-sowjetischen Krieg spielte die „Judenfrage“ eine wichtige Rolle, da die polnische Armee unter den Juden Massaker anrichtete. Viele fortschrittliche, eher internationalistisch denkende Menschen jüdischer Herkunft schlossen sich bereits damals der Roten

Armee an, ein nicht unbeträchtlicher Teil der eher konservativ orientierten, an ihrer Religion (vielfach einem wundergläubigen Chassidismus) festhaltenden Juden, deren Vorfahren aus Deutschland gekommen waren, von wo sie vor Jahrhunderten wegen ihres Glaubens vertrieben worden waren, deren Sprache (Jiddisch) überwiegend aus einem deutschen Dialekt hervorgegangen war und die sich daher häufig als der deutschen Nationalität zugehörig betrachteten, floh jedoch in die Weimarer Republik, in der ihnen laut Verfassung Religionsfreiheit garantiert war, wo jedoch diese durchweg sehr arme Bevölkerungsgruppe durch ihre an die reichsdeutschen Verhältnisse wenig angepaßte Lebensweise „auffällig“ wurde, was damals etwa in Schimpfwörtern wie „Kaftanjude“ zum Ausdruck gebracht wurde. Jedoch auch diejenigen, die anpassungsfähiger und -williger waren und aus dieser Situation heraus verstärkt in freie mittelständische Berufe (als Ärzte, Rechtsanwälte, Kaufleute, Künstler usw.) drängten (die Beamten- oder Militärlaufbahn blieb ihnen verwehrt), sahen sich nicht nur Anfeindungen aus den eigenen Reihen, sondern auch aufgrund des Konkurrenzdrucks (häufig rassistisch verbrämten) Anfeindungen seitens der Alteingesessenen in diesen Berufsgruppen ausgesetzt, denen sie, da sie mehr Energie und Zeit in ihr Vorwärtskommen stecken mußten und auch die Armut am eigenen Leib erfahren hatten und damit umgehen konnten, oft überlegen waren. (Einige von ihnen waren deutsch-national bis auf die Knochen und haben 1933 sogar Hitler gewählt.) Viele von ihnen sahen Deutschland auch nur als eine Durchgangsstation an und strebten in die USA oder (wenn sie vom **Zionismus** beeinflusst waren) nach Palästina.

Es war vor allem diese in die Hunderttausende gehende Gruppe von Flüchtlingen, die die Muster für die rassistischen Karikaturen der Nazis abgaben. Und vor allem an diese unterprivilegierte Gruppe dachten auch Hitlers Zuhörer beim Düsseldorfer Industrieklub, wenn er von Fremdkörpern im deutschen Volk redete. (Das Reden von „Fremdkörpern“ oder „Parasiten“ in einem Volk erscheint nur dann schlüssig, wenn man das Volk selbst in einem substantiellen - und nicht nur übertragenen - Sinn als einen „Körper“ betrachtet, eine Vorstellung, wie sie unter Anhängern einer organischen Volks- und Staatstheorie wie etwa bei dem österreichischen Philosophen **Othmar Spann** geläufig war und Gymnasiasten etwa im Lateinunterricht bei Behandlung der Rede „*vom Magen und den Gliedern*“, mit der der römische Gesandte **Menenius Agrippa** die auf den Heiligen Berg ausgezogenen Plebejer „*heim ins Reich*“ Rom holte, begegnet: Die Einzelperson ist danach nur Teil eines Ganzen, etwa eines Volkes, sie hat daher kein Recht, unabhängig von ihrer Volkszugehörigkeit über sich selbst zu bestimmen, sondern hat nur als Teil dieses Ganzen einen Wert; bei den Nationalsozialisten gipfelte diese Vorstellung in der Parole: „*Du bist nichts, dein Volk ist alles.*“)

Mit dem Frieden von Riga 1921 hatte das vor allem von Frankreich unterstützte Polen sein ihm von den Ententemächten ursprünglich zuerkanntes Staatsgebiet auf Kosten der Sowjetunion nahezu verdoppelt. Damit war eine mehrere Millionen Menschen zählende jüdische Bevölkerung unter den spätestens seit Erringung der Alleinherrschaft durch Pilsudski faschistischen polnischen Staat geraten, was die Fluchtintendenzen in die Nachbarländer (Sowjetunion, Deutschland, Tschechoslowakei, Österreich) erheblich verstärkte. **Einer der ersten außenpolitische Erfolge der Hitlerregierung sollte denn auch ein Nichtangriffspakt mit Polen werden; auch die Militärdiktaturen im Baltikum - Estland, Lettland, Litauen - orientierten sich damals verstärkt an Deutschland, von wo sie sich Schutz gegen die Sowjetunion erhofften.**

Durch die Interventionspolitik mit Unterstützung von im Fahrwasser der ehemaligen Ententemächte Großbritannien, Frankreich und USA (mit ihren außer der gemeinsam beabsichtigten Vernichtung der Sowjetunion einander widersprechenden konkreten Kriegszielen) schwimmenden militant-nationalistischen Kräfte war der offene Bürgerkrieg in der Sowjetunion bis in das Jahr 1929 hinein verlängert worden (versteckt tobte er weiter), als die letzten antisowjetischen Truppen von Wladiwostok aus, bis wohin sie sich hatten zurückziehen müssen, in die USA verschifft wurden. Es war den Interventionsmächten nicht gelungen, den ersten sozialistischen Staat zu zerschlagen; von daher hatten sie auch das Vertrauen der Regierungen der genannten Länder zunächst verspielt (wo die nationalistischen Militärs jeweils durch Putsche gegen bürgerlich demokratische Regierungen und im Fall Lettlands gegen eine Sowjetregierung an die Macht gekommen waren). Allerdings tauchte bereits 1932 an der sowjetischen Grenze zu China der japanische Imperialismus auf und errichtete in Nordchina das Kaiserreich Mandschukuo, eine Bedrohung, die den Kommunisten deutlich vor Augen führte, daß die imperialistische Interventionspolitik noch nicht besiegt war und eine friedliche Koexistenz nur bei eigener militärischer Stärke möglich war.

Dabei fand die Sowjetunion Unterstützung durch Deutschland. Seit dem schon vorher ausgearbeiteten geheimen Zusatzabkommen zum **Vertrag von Rapallo** (1922) leistete Deutschland der Sowjetunion Hilfe bei der Ausbildung der Roten Armee und beim Aufbau der sowjetischen Rüstungsindustrie, wobei die deutsche Schwerindustrie unter Umgehung der Verbotsklauseln des Versailler Vertrages außerhalb der Reichweite der Abrüstungskommission der Ententemächte auf russischem Boden schwere Waffen (wie etwa den T 34) produzieren konnte und deutsche Offiziere eigene Ausbildungsmöglichkeiten bekamen. An der Ausarbeitung dieses Geheimabkommens von deutscher Seite aus wesentlich beteiligt war **General Hans von Seeckt**, der seit März 1923 ein stiller Förderer Hitlers in den Reihen der Reichswehr war, auch wenn er als Chef der Heeresleitung und verantwortlich für die innere Sicherung des Reiches die Niederschlagung des (damals von der **Thule-Gesellschaft**, einer Art Vorläuferorganisation der NSDAP, begrüßten) **Kapp-Putsches** und des Hitlerputsches (im November 1923) befahl. Trotzdem betrachtete er damals die (waffenmäßig noch schlecht ausgerüstete) paramilitärische SA als eine Art Reservearmee für die Reichswehr. Später sagte er über sein Verhältnis zu Hitler einmal: „*Im Ziel waren wir uns einig, nur in den Wegen dorthin unterschieden wir uns.*“ (Er starb bereits 1936, ein Jahr nach der am 16.03.1935 erfolgten **Gründung der Wehrmacht**, hat also, was danach kam, nicht miterlebt.)

In dem Maße, wie sich die Sowjetunion stabilisierte und mit riesigen Anstrengungen den Aufbau einer eigenen Schwerindustrie forcierte, um sich gegen eine erneute Intervention zu wappnen, erschien sowohl dem deutschen Groß-

B

kapital als auch den imperialistischen Westmächten die Zuspitzung der Weltwirtschaftskrise ab 1929 in Deutschland bedrohlicher, weil die revolutionär sozialistischen und kommunistischen Kräfte immer mehr an Zulauf gewannen und die Gefahr bestand, daß in Deutschland eine Revolution nach sowjetischem Vorbild ausbrach. Auf diese Besorgnisse konzentrierte sich Hitler, der - wie sich seinen Äußerungen entnehmen läßt - offenbar über das geheime Militärabkommen Deutschlands mit der Sowjetunion gut unterrichtet war, in seinen weiteren Ausführungen vom 27. Januar 1932 vor dem Düsseldorfer Industrieklub. Hitler, der sehr wohl begreift, daß die kommunistische Idee unter den damaligen katastrophalen Verhältnissen materielle Gewalt gewinnen konnten, hebt völlig zutreffend hervor, daß ein sozialistischer Staat in Deutschland im Bereich des Möglichen lag (er vermeidet mit Blick auf sozialistische Illusionen bei nicht wenigen der für seine Bekämpfung des Sozialismus noch gebrauchten Kräften in den eigenen Reihen vorsichtshalber noch das Wort „sozialistisch“ und benutzt lieber das Reizwort „bolschewistisch“), erklärt eine solche Möglichkeit aber zugleich zu einer Katastrophe, was es aus der Sicht seiner kapitalistischen Zuhörer zweifellos gewesen wäre (für das deutsche Volk jedoch sollte sich die von ihm angebotene Medizin gegen eine solch „düstere“ Perspektive als Katastrophe erweisen), und auch diese aus Sicht der Kohle- und Stahlbarone des Ruhrgebiets äußerst realistischen Sachverhaltsbeschreibungen wurden an strategischen Schlüsselsätzen immer wieder mit Beifallsbekundungen und Bemerkungen seiner Zuhörer wie „Sehr richtig!“ begleitet. Hitlers (von seinen Zuhörern ohne jegliche Einwände akzeptierte) Beschreibung, wie und warum es im Kapitalismus geradezu zwangsläufig zu immer größerer Arbeitslosigkeit kommen muß, sollten sich alle die vor Augen führen, die etwa Parolen der heutigen Nazis nachlaufen wie „Arbeitsplätze für Deutsche“ und ähnlichem ökonomischen Schwachsinn, mit dem sie die Illusion von der Unsinkbarkeit des kapitalistischen Schiffes verbreiten helfen, ihr Geschäft mit dem Abbau von Solidarität unter denen, die am meisten davor Angst haben, selbst zu ertrinken, und die daher lieber zuvor andere über Bord der TITANIC geworfen sehen wollen, betreiben:

..... eine Weltanschauung, die droht, diesen Kontinent aus dem internationalen wirtschaftlichen Gefüge herauszubrechen ..."

„(...) Heute ist die Weltlage kurz folgende: Deutschland, England, Frankreich und außerdem - aus nicht zwingenden Gründen - die amerikanische Union und eine ganze Reihe von Kleinstaaten sind Industrienationen, angewiesen auf Export. Nach Beendigung des Krieges haben alle diese Völker einen von Gebrauchsartikeln ziemlich geleerten Weltmarkt vorgefunden. Nun stürzten sich die durch den Krieg besonders wissenschaftlich-theoretisch genialisierten Industrie- und Fabrikationsmethoden auf diese große Leere, begannen die Betriebe umzustellen, Kapitalien zu investieren und unter dem Zwang der investierten Kapitalien die Produktionen auf das äußerste zu steigern. Dieser Prozeß konnte 2, 3, 4, 5 Jahre gut gehen. Er konnte weiter gut gehen, wenn entsprechend der rapiden Steigerung und Verbesserung der Produktion und ihrer Methoden neue Absatzmöglichkeiten geschaffen wurden. Eine Frage von eminenter Bedeutung, denn die Rationalisierung der Wirtschaft führt (...) zu einer Einsparung der menschlichen Arbeitskraft, eine Einsparung, die nur dann nützlich ist, wenn die eingesparten Kräfte ohne weiteres wieder in neue Wirtschaftszweige überführt werden können. Wir sehen aber, daß seit dem Weltkriege eine wesentliche Erweiterung der Absatzmärkte nicht mehr stattfand, im Gegenteil: daß sie dadurch relativ zusammenschrumpften, daß die Zahl der exportierenden Nationen sich langsam steigerte, und daß eine Unzahl früherer Absatzmärkte selbst industrialisiert wurden, daß endlich ein neuer Großexporteur: die amerikanische Union (...) mit Produktionsvorteilen rechnen kann, die wir in Europa nun einmal nicht besitzen und nicht besitzen können.

Wir sehen als letzte folgenschwerste Erscheinung die Tatsache, daß (...) eine Weltanschauung in einem Teil Europas und einem großen Teil Asiens Platz gegriffen hat, die droht, diesen Kontinent aus dem Gefüge der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen überhaupt herauszubrechen - eine Erscheinung, über die deutsche Staatsmänner heute noch mit einer staunenswerten Leichtigkeit hinweggehen. Wenn ich beispielsweise eine Rede höre, in der man betont: 'Nötig ist, daß das deutsche Volk zusammensteht!' dann muß ich fragen: Glaubt man denn tatsächlich, daß dieses Zusammenstehen heute nur mehr eine Frage des politischen guten Willens ist? Sieht man denn nicht, daß sich in uns bereits ein Riß aufgetan hat, ein Riß, der nicht etwa in einigen Köpfen spukt, sondern dessen geistiger Exponent heute die Grundlage einer der größten Weltmächte bildet? Daß der Bolschewismus nicht nur eine in Deutschland auf einigen Straßen herumtobende Rotte ist, sondern eine Weltauffassung, die im Begriffe steht, sich den ganzen asiatischen Kontinent zu unterwerfen, und die heute staatlich fast von unserer Ostgrenze bis nach Wladiwostok reicht?!

Es wird bei uns so dargestellt, als ob es sich hier bloß um rein geistige Probleme einzelner Phantasten oder einzelner Übelwollender handelte. Nein, eine Weltanschauung hat sich einen Staat erobert, und von ihm ausgehend wird sie die ganze Welt langsam erschüttern und zum Einsturz brin-

gen. Der Bolschewismus wird, wenn sein Weg nicht unterbrochen wird, die Welt genauso einer vollständigen Umwandlung aussetzen wie einst das Christentum. In 300 Jahren wird man nicht mehr sagen: Es handelt sich hier um eine neue Produktionsidee. In 300 Jahren wird man vielleicht schon wissen, daß es sich fast um eine neue (...) Religion handelt!. In 300 Jahren wird man, wenn diese Bewegung sich weiterentwickelt, in Lenin nicht nur einen Revolutionär des Jahres 1917 sehen, sondern den Begründer einer neuen Weltlehre, mit einer Verehrung vielleicht wie Buddha. Es ist nicht so, daß diese gigantische Erscheinung etwa aus der heutigen Welt weggedacht werden könnte. Sie ist eine Realität und muß zwangsläufig eine der Voraussetzungen zu unserem Bestand als weiße Rasse zerstören und beseitigen. Wir sehen die Etappen dieses Prozesses: erst Senkung des Kulturniveaus und damit der Aufnahmefähigkeit, Senkung des gesamten Menschenniveaus und damit Abbruch aller Beziehungen zu anderen Religionen, dann Aufbau einer eigenen Produktion, und zwar mit Hilfe der Krücken der kapitalistischen Wirtschaft. Als letztes Stadium dann eigene Produktion unter vollständiger Ausschaltung der anderen Länder, die selbstverständlich eines Tages (...) auch den schwersten wirtschaftlichen Konkurrenten bekommen werden.

Ich weiß ganz genau, daß Herren des Reichswehrministeriums und Herren der deutschen Industrie mir entgegen werden: Wir glauben nicht, daß die Sowjets jemals eine wirklich konkurrenzfähige Wirtschaft werden aufrichten können. Meine Herren, sie würden sie nie aus nur russischen, bolschewistischen Nationalelementen aufbauen können. Aber diese Industrie wird aus Wertelementen der weißen Völker selbst aufgebaut. Es ist unsinnig, zu sagen: es ist nicht möglich, in Rußland durch Kräfte anderer Völker eine Industrie aufzubauen - es war auch einst möglich, eine Industrie in Böhmen durch Deutsche auszurüsten. Und darüber hinaus: das alte Rußland befand sich bereits im Besitz einer gewissen Industrie.

Wenn man mir weiter erklärt: Die Produktionsmethoden werden nie mit uns irgendwie gleichen Schritt halten können, dann vergessen Sie nicht, daß der Lebensstandard reichlich ausgleichen wird, was auf der anderen Seite durch die Produktionsmethode vielleicht bei uns an Vorsprung besteht.

Wir werden jedenfalls folgendes erleben: Der Bolschewismus wird sich - bei einem weiteren Gleichbleiben des europäischen und amerikanischen Denkens - langsam über Asien ausbreiten. 30 und 50 Jahre spielen dabei, da es sich um Weltanschauungen handelt, gar keine Rolle. (...) Weltanschauungen so grundsätzlicher Natur können noch 500 Jahre später ihre absolute Eroberungsfähigkeit bekunden, wenn sie nicht bei Beginn durch den natürlichen Selbsterhaltungstrieb anderer Völker gebrochen werden. Wenn aber dieser Prozeß auch nur 30, 40 oder 50 Jahre so weiterdauert, (...) dann, meine Herren, wird man nicht sagen können: Was geht das unsere Wirtschaft an?!

..... Charakteristikum unserer europäischen Nationen, daß ein bestimmter Prozentsatz der Bevölkerung als statistisch überflüssig nachgewiesen wird ..."

Meine Herren, die Entwicklung liegt auf der Hand. Die Not ist sehr groß. Sie zwingt zu Einsparungen auf allen Gebieten. Das natürlichste Einsparen erfolgt dabei immer wieder an der menschlichen Arbeitskraft. Die Industrien werden sich gezwungenerweise immer mehr und mehr rationalisieren, d.h. Steigerung ihrer Leistungsfähigkeit bei Senkung ihrer Arbeiterzahlen. Wenn aber diese Menschen nicht mehr in neu erschlossenen Berufszweigen, neu erschlossenen Industrien untergebracht werden können, dann heißt das, daß langsam drei Volkskonten angelegt werden müssen: das eine heißt Landwirtschaft. Von diesem Grundvolkskonto hat man einst die Menschen für das zweite Konto eingespart. Dieses zweite Konto war das Handwerk und später die Industrieproduktion. Jetzt wird aus diesem zweiten Konto wieder eine Einsparung an Menschen vorgenommen, die man hinüber auf das dritte Konto: Arbeitslosigkeit, schiebt. Man verbrämt damit schamhafterweise die Wirklichkeit. Die richtige Bezeichnung wäre „existenzlos“ und damit eigentlich „überflüssig“. Es ist das Charakteristikum unserer europäischen Nationen, daß langsam ein bestimmter Prozentsatz der Bevölkerung statistisch als überflüssig nachgewiesen wird. Es ist nun ganz klar, daß die notwendige Erhaltung dieses dritten Kontos den beiden anderen aufgebürdet wird. Das verstärkt den Steuerdruck, dessen Ergebnis der Zwang zu einer weiteren Rationalisierung der Produktionsmethode, eine weitere Einsparung, eine weitere Steigerung des dritten Kontos, sein wird.

Dazu kommt der Kampf, den heute alle europäischen Nationen um den Weltabsatzmarkt mit dem Ergebnis führen, daß dieser Kampf sich naturgemäß in den Preisen ausdrückt, etwas, was wieder rückwirkend zu neuen Einsparungen zwingt - mit einem Endergebnis, das heute noch kaum im Schluß-

D

resultat vorausgesehen werden kann, aber jedenfalls entscheidend sein wird für Zukunft oder Untergang der weißen Rasse und vor allem der Völker, die in ihrer raummäßigen Begrenzung nur sehr schwer eine innere Wirtschaftsautarkie aufrichten können. (...)

Insofern haben alle diejenigen recht, die die trostlose Lage Deutschlands als besonders bemerkenswert für unsere heutige Not hinstellen. Zugleich aber haben sie unrecht, die Not nur im Äußeren zu suchen, denn diese Lage ist ja nicht nur das Ergebnis der äußeren Entwicklung, sondern unserer inneren langsamen geistigen - ich möchte fast sagen - Verirrung, unserer inneren Zersetzung, unseres inneren Zerfalls.

Man sage nicht, daß wir Nationalsozialisten etwa kein Verständnis für die Notwendigkeit der Heilung von momentan auftretenden Schäden besäßen. Eines aber ist gewiß: jede Not hat irgendeine Wurzel. Es genügt daher nicht (...), daß ich an der Peripherie der Not herumdoktere und von Zeit zu Zeit versuche, die Krebsgeschwulst zu beschneiden, sondern ich muß an den Erreger, an die Ursache herankommen. (...) auch für einen Tuberkulösen ist es gleichgültig, ob die ihm vom Arzt zur Heilung empfohlene Kur drei oder mehr Jahre dauert. Wesentlich ist, daß kein Mittel, das als äußeres und vielleicht rasch angewendetes ihm momentan eine Linderung der Schmerzen verschafft, die Krankheit an sich beseitigt. Wir sehen das ja in einer geradezu klassischen Art an der Auswirkung unserer Notverordnungen. Immer wieder wird der - ich gebe zu - redliche Versuch gemacht, eine unmögliche Situation irgendwie zu bessern (...). Sie sehen, daß jeder Versuch (...) gerade zum Gegenteil führt: zu einer Steigerung der Erscheinungen, die man beseitigen möchte. Dabei will ich noch ganz absehen von der meines Erachtens augenblicklich größten Not, die ich nicht nur eine bloß wirtschaftliche, sondern als eine im höchsten Sinne des Wortes völkische bezeichnen möchte: die Arbeitslosigkeit.

Man sieht immer nur 6 oder 7 Millionen Menschen, die nicht im Produktionsprozeß stehen, und bedauert nur vom rein wirtschaftlichen Standpunkt aus den dadurch bedingten Produktionsausfall.

..... wenn 7 oder 8 Millionen Menschen ... [jahrzehntelang] aus dem nationalen Produktionsprozeß ausgeschaltet sind, ist für diese Menschenmassen der Bolschewismus ... die logische weltanschauliche Ergänzung ihrer wirtschaftlichen Situation ..."

Meine Herren, man sieht aber nicht die geistigen, moralischen und seelischen Ergebnisse dieser Tatsache vor sich. Glaubt man denn wirklich, daß auch nur 10, 20 oder 30 Jahre ein derartiger Prozentsatz der nationalen Kraft brachliegen kann, ohne daß dieses Brachliegen auch eine geistige Wirkung ausüben, eine seelische Umstellung zur Folge haben muß? Und glaubt man, daß das für die Zukunft belanglos bleibt?

Meine Herren, Sie haben doch selbst erlebt, daß Deutschland durch eine geistige Verirrung, deren Folgeerscheinungen Sie heute praktisch überall spüren, den Krieg verlor. **Glauben Sie, wenn 7 oder 8 Millionen Menschen erst zehn oder zwanzig Jahre aus dem nationalen Produktionsprozeß ausgeschaltet sind, daß für diese Menschenmassen der Bolschewismus überhaupt noch etwas anderes sein könnte als die logische weltanschauliche Ergänzung ihrer tatsächlichen praktischen wirtschaftlichen Situation? Glauben Sie wirklich, daß man die rein geistige Seite dieser Katastrophe übersehen kann, ohne daß sie sich eines Tages als böser Fluch der bösen Tat auch in die Wirklichkeit umsetzt?**

Wenn die deutsche Not auf dem Wege von Notverordnungen zu beheben wäre, dann wären all die großen Gesetzgeber vergangener Jahrtausende Stümper gewesen, die in ähnlichen Verhältnissen versuchten, den Volkskörper zu regenerieren, um mit Hilfe dieser neu geschaffenen Kraftquelle neue und heilsame Entschlüsse durchführen zu können. Es ist gänzlich belanglos, was die augenblickliche deutsche Regierung will, wie es auch belanglos ist, was die deutsche Wirtschaft will oder wünscht. Es ist wesentlich, einzusehen, daß wir uns augenblicklich wieder in einem Zustand befinden, wie er schon einige Male in der Welt bestand; schon einige Male war der Umfang bestimmter Produktionen in der Welt über den Rahmen des Bedarfs hinausgewachsen. Heute erleben wir ein Gleiches im allergrößten Stil: wenn alle Automobilfabriken, die es zur Zeit auf der Welt gibt, hundertprozentig beschäftigt würden (...), könnte man den gesamten Kraftwagenbestand in viereinhalb oder fünf Jahren ersetzen. Wenn alle Lokomotivfabriken hundertprozentig beschäftigt würden, könnte man das gesamte Lokomotivmaterial der Welt in acht Jahren glatt erneuern. Wenn sämtliche Schienenfabriken und Walzwerke der Welt hundertprozentig beschäftigt würden, könnte man vielleicht in 10 bis 15 Jahren das gesamte Schienennetz, das die Welt besitzt, noch einmal um die Welt herumlegen. Das gilt für fast

alle Industrien. Es ist eine derartige Steigerung der Produktionsfähigkeit erzielt worden, daß der augenblicklich mögliche Absatzmarkt in keinem Verhältnis mehr dazu steht. Wenn aber der Bolschewismus als Weltidee den asiatischen Kontinent aus der menschlichen Wirtschaftsgemeinschaft herausbricht, dann sind auch nicht annähernd mehr die Voraussetzungen zur Beschäftigung dieser gigantisch entwickelten Industrien vorhanden. Dann befinden wir uns industriell ungefähr in dem gleichen Stadium, in dem sich die Welt schon einige Male befunden hat. Schon einige Male war z.B. auf der Welt der Tonnageraum der Seeschifffahrt viel größer als die zu verfrachtende Warenmenge. Schon einige Male sind damit bestimmte Wirtschaftsgruppen schweren Krisen ausgeliefert worden.

..... hat erst der Machtstaat der Wirtschaft die allgemeinen Voraussetzungen für die spätere Blüte geschaffen..."

Wenn Sie die Geschichte lesen und die Wege studieren, die hier zur Abhilfe gewählt worden sind, dann werden Sie zusammengefaßt immer eines finden: Man paßte nicht die Warenmenge der Tonnage an, sondern die Tonnage wurde der Warenmenge angepaßt - und zwar nicht durch freiwillige wirtschaftliche Entschlüsse von Reedereien, sondern durch politische Machtentscheidungen. Wenn mir ein Politiker oder Wirtschaftler entgegenhält: das war allerdings einst der Fall zwischen Rom und Karthago, zwischen England und Holland oder zwischen England und Frankreich, heute aber entscheidet die Wirtschaft, so kann ich nur entgegnen: das ist nicht der Geist, der einst der weißen Rasse die Welt, der auch uns Deutschen den Weg in die Weltwirtschaft öffnete. Denn **nicht die deutsche Wirtschaft eroberte die Welt und dann kam die deutsche Machtentwicklung, sondern auch bei uns hat erst der Machtstaat der Wirtschaft die allgemeinen Voraussetzungen für die spätere Blüte geschaffen.** Es heißt in meinen Augen, das Pferd von rückwärts aufzäumen, wenn man heute glaubt, mit wirtschaftlicher Methodik etwa die Machtstellung Deutschlands wieder zurückzugewinnen zu können, statt einzusehen, daß die Machtposition die Voraussetzung auch für die Hebung der wirtschaftlichen Situation ist. Das bedeutet nicht, daß man nicht heute oder morgen versuchen soll, der Krankheit, die unsere Wirtschaft erfaßt hat, entgegenzutreten, auch wenn man den Krankheitsherd nicht gleich treffen kann. Aber es heißt, daß jede solche äußere Lösung am Kern des Problems vorbeigeht, daß es nur eine grundsätzliche Lösung gibt.

Sie beruht auf der Erkenntnis, daß **zusammenbrechende Wirtschaften immer als Vorläufer den zusammenbrechenden Staat haben, und nicht umgekehrt, daß es keine blühende Wirtschaft gibt, die nicht vor sich und hinter sich den blühenden, mächtigen Staat als Schutz hat, daß es keine karthagische Wirtschaft gab ohne karthagische Flotte und keinen karthagischen Handel ohne karthagische Armee,** und daß es selbstverständlich auch in der Neuzeit - wenn es hart aufhart geht und die Interessen der Völker aufeinanderprallen - keine Wirtschaft geben kann, ohne daß hinter dieser Wirtschaft der absolut schlagkräftige, entschlossene politische Wille der Nation steht. (...)

Der Friedensvertrag von Versailles ist selbst nur eine Folgeerscheinung unserer langsamen inneren geistigen Verwirrung und Verirrung. Wir befinden uns nun einmal in einem Zeitalter, in dem die Welt außerordentlich schweren und sie durchdrüttelnden geistigen Kämpfen entgegenght. Ich kann um diese Kämpfe nicht herumkommen, indem ich mit Bedauern einfach die Achseln zucke und ... sage: 'Einigkeit tut not!' **Diese Kämpfe sind keine Erscheinungen, die etwa nur in dem bösen Willen von ein paar Menschen begründet sind, sondern es sind Erscheinungen, die letzten Endes ihre tiefste Wurzel sogar in Rassetatsächlichkeiten besitzen.** Wenn sich heute in Rußland der Bolschewismus ausbreitet, dann ist dieser Bolschewismus am Ende für Rußland genauso logisch, wie vorher das Zarentum logisch war. Es ist ein brutales Regiment über ein Volk, das, ohne brutal regiert zu sein, überhaupt nicht als Staat erhalten werden kann. Wenn aber diese Weltauffassung auch auf uns übergreift, dann dürfen wir nicht vergessen, daß auch unser Volk rassistisch aus den verschiedensten Elementen zusammengesetzt ist, daß **wir daher in der Parole 'Proletarier aller Länder, vereinigt euch!' viel mehr sehen müssen als nur eine politische Kampffarole. In Wirklichkeit ist es die Willenskundgebung von Menschen, die in ihrem Wesen tatsächlich eine gewisse Verwandtschaft mit analogen Völkern einer niedrigen Kulturstufe besitzen.** Auch unser Volk und unser Staat sind einstmals nur durch die Ausübung des absoluten Herrenrechts und Herrsinnns der sogenannten nordischen Menschen aufgebaut worden, der arischen Rassenbestandteile, die wir auch heute noch in unserem Volk besitzen. **Damit ist es aber nur eine Frage der Regeneration des deutschen Volkskörpers nach den Gesetzen einer ehernen Logik, ob wir zu neuer politischer Kraft zurückfinden oder nicht.**

..Im Völkerleben ist die Stärke nach außen durch die Stärke der inneren Organisation bedingt..."

Daß die innere weltanschauliche Einheit belanglos sei, kann nur ein Mensch behaupten, der als Spezialist auf irgendeinem Gebiet keinen Blick für die wirklichen, gestaltenden und lebendigen Kräfte der Nation mehr besitzt. (...) Es gibt keine Organisation auf der Welt, die nicht als Voraussetzung eine gewisse Gemeinsamkeit der Zielsetzung besitzt. Es ist keine Organisation denkbar, bei der nicht bestimmte immer und immer wieder in Erscheinung tretende Fragen von grundsätzlicher Bedeutung absolut einheitlich anerkannt, bejaht oder beantwortet werden müssen. Das gilt schon (...) von der Familie. Es kann ein Mann, es kann eine Frau noch so tüchtig sein: wenn in ihrem beiderseitigen Bunde bestimmte notwendige Grundfragen nicht gleichmäßig bejaht werden, dann wird ihre Tüchtigkeit nicht

verhindern können, daß ihr Bund zu einer Quelle ewigen Haders wird und am Ende an der inneren Disharmonie auch ihr äußeres Leben scheitert. Der Mensch kann die Kraft seiner Aktivität nur nach einer Richtung ganz entfalten, und für die Gesamtheit eines Volkes ist die Hauptfrage, wohin diese Kraft geleitet wird. Wendet sie sich nach außen oder wendet sie sich nach innen? Sie muß sich nach innen wenden in dem Augenblick, in dem über gewisse Fragen nicht eine völlig einheitliche Auffassung besteht, denn sonst ist ja der einzelnen Mensch schon der Feind seines Nächsten, der dann praktisch seine Umwelt ist. (...) Entscheidend bei der Beurteilung jeder menschlichen Vereinigung ist die Stärke des inneren Verhältnisses, die auf der Anerkennung gewisser leitender allgemeiner Grundsätze aufgebaut ist.

Im Völkerleben ist die Stärke nach außen durch die Stärke der inneren Organisation bedingt, die Stärke der inneren Organisation aber ist abhängig von der Festigkeit gemeinsamer Anschauungen über gewisse grundsätzliche Fragen. Was nützt es, wenn eine Regierung einen Erlaß zur Rettung der Wirtschaft herausgibt, die Nation aber als lebendiges Objekt zur Wirtschaft selbst zwei vollständig verschiedene Einstellungen hat? Ein Teil sagt: 'Voraussetzung zur Wirtschaft ist das Privateigentum'; der andere Teil behauptet: 'Privateigentum ist Diebstahl.' 50 Prozent bekennen sich zur einen Grundauffassung, 50 Prozent zur anderen. Sie können mir vorhalten, daß diese Anschauungen reine Theorie bedeuten - nein, diese Theorie ist notwendigerweise die Basis für die Praxis. War diese Auffassung etwa nur eine Theorie, als aus ihr heraus im November 1918 die Revolution ausbrach und Deutschland zerschlug? War das eine vollständig belanglose und vor allem die Wirtschaft nicht interessierende Theorie? Nein, meine Herren! Ich glaube, solche Auffassungen müssen, wenn sie nicht geklärt werden, zur Zerreißen eines Volkskörpers führen; denn sie bleiben eben nicht Theorie. Die Regierung sagt: 'Das vaterländische Denken ...' - was heißt 'vaterländisches Denken'? Fragen Sie die deutsche Nation! Ein Teil bekennt sich dazu, der andere erklärt: 'Vaterland ist eine dumme Bourgeois-Überlieferung, weiter gar nichts.' Die Regierung sagt: 'Der Staat muß gerettet werden.' Der Staat? 50 Prozent sehen im Staat eine Notwendigkeit, aber 50 Prozent haben überhaupt nur den Wunsch, den Staat zu zertrümmern; sie fühlen sich bewußt als Vorposten nicht nur einer fremden Staatsgesinnung und Staatsauffassung, sondern auch eines fremden Staatswillens. (...)

Die Regierung wird versuchen, die Moral des deutschen Volkes zu bessern. Welche Moral, meine Herren? Auch die Moral muß eine Wurzel haben. Was Ihnen moralisch erscheint, erscheint anderen unmoralisch, und was Ihnen unmoralisch vorkommt, ist für andere eine neue Moral. Der Staat sagt z.B.: 'Der Dieb muß bestraft werden.' Zahllose Angehörige der Nation aber entgegnen: 'Man muß den Besitzer bestrafen, denn der Besitz an sich ist schon Diebstahl.' Der Dieb wird eher noch glorifiziert. Die eine Hälfte der Nation sagt: 'Der Landesverräter muß bestraft werden', aber die andere Hälfte meint: 'Landesverrat ist eine Pflicht.' Die eine Hälfte sagt: 'Die Nation muß mit Mut verteidigt werden', und die andere Hälfte hält Mut für eine Idiotie. Die eine Hälfte sagt: 'Die Basis unserer Moral ist das religiöse Leben', und die andere Hälfte höhnt: 'Der Begriff Gott existiert nicht in Wirklichkeit. Religionen sind bloß Opium für das Volk.'

Glauben sie nicht, daß, wenn ein Volk von diesen weltanschaulichen Kämpfen einmal erfaßt ist, man einfach auf dem Notverordnungswege um sie herumkommt, daß man sich einbilden kann, dazu keine Stellung nehmen zu brauchen, weil es sich um Dinge handle, die weder die Wirtschaft noch das Verwaltungsleben noch das kulturelle Leben berühren. Meine Herren, diese Kämpfe treffen die Kraft und Stärke der Gesamtnation! Wie soll ein Volk überhaupt noch einen Faktor nach außen darstellen, wenn 50 Prozent am Ende bolschewistisch orientiert sind und 50 Prozent nationalistisch oder antibolschewistisch? Es ist denkbar, Deutschland als bolschewistischen Staat aufzurichten - es wird eine Katastrophe sein - aber es ist denkbar. Es ist auch denkbar, Deutschland als nationalen Staat aufzubauen. Aber es ist undenkbar, ein starkes und gesundes Deutschland zu schaffen, wenn 50 Prozent seiner Angehörigen bolschewistisch und 50 Prozent national orientiert sind. Um die Lösung dieser Frage kommen wir nicht herum!

(...) Deutschland hatte einst - als erste Voraussetzung zur Organisation unseres Volkes im großen - eine weltanschauliche Basis in unserer Religion. Als diese weltanschauliche Basis erschüttert wurde, sehen wir, wie die Kraft der Nation von außen sich den inneren Kämpfen zuwandte, weil die Natur den Menschen aus einer inneren Notwendigkeit heraus zwingt, in dem Augenblick, in dem die gemeinsame weltanschauliche Basis verlorengeht oder angegriffen wird, nach einer neuen gemeinsamen Basis zu suchen. Das sind die großen Zeiten der Bürgerkriege, der Religionskriege usw. - Kämpfe und Wirrnisse, in denen entweder eine neue weltanschauliche Plattform gefunden und darauf wieder eine Nation aufgebaut wird, die ihre Kraft nach außen wenden kann, oder in denen eben ein Volk sich spaltet und zerfällt. In Deutschland vollzog sich dieser Prozeß in geradezu klassischer Form. Die religiösen Kämpfe bedeuteten ein Zurückziehen der ganzen deutschen Kraft nach innen, ein Aufsaugen und Verbrauchen dieser Kraft im Innern und damit automatisch ein langsam sich steigerndes Nichtmehrreagieren auf außenpolitische große Weltvorgänge, die das Volk vollständig inaktiv finden, weil es gleichzeitig innere Spannungen besitzt, die nach einem Ausgleich drängen.

Es ist falsch zu sagen: die Weltpolitik, die Weltlage allein habe im 16. Jahrhundert Deutschlands Schicksal bestimmt. Nein, unsere innere Lage hat damals mitgeholfen, das Weltbild zu gestalten, unter dem wir später so sehr gelitten haben: die Weltverteilung ohne Deutschland.

In einem zweiten ganz grandiosen geschichtlichen Beispiel wiederholt sich dieser Vorgang: Anstelle der fehlenden religiösen Einheit (...) wird eine neue Plattform gefunden: der neue Staatsgedanke, erst legitimistischer Prägung und später langsam übergehend zum Zeitalter des nationalen Prinzips

wickelten die Gläubigen illegale Strukturen, setzten die Publikationen fort und organisierten mit Kurieren einen ausgedehnten Schriftenschmuggel.

Die vielen Rechtfertigungsversuche der Tagungsorganisator/innen, warum sie das "heiße Eisen" anpacken - Verfolgung einer sich dem Landeskirchenmainstream widersetzen "Sekte" -, zeigen, wie brisant und von Vorurteilen geprägt der bundesrepublikanische Umgang mit Andersdenkenden und wie schwierig ein wechselseitiger Dialog ist.

Seit ca. drei Jahren hat sich aber auch bei der Wachturm-Gesellschaft ein Wandel vollzogen, die sich in Fragen der Geschichtsdarstellung zunehmend öffnete. Wie in vergleichbaren Fäl-

len bei Sinti und Roma, Zwangssterilisierten oder Lesben und Schwulen wünschen die Zeugen Jehovas beim öffentlichen Gedenken nicht länger ignoriert zu werden. Dazu kommt noch die Tagesaktualität: Eine hauseigene, im Buch erwähnte Presseerklärung vom November 1996 sieht in der heutigen Zeit eine "mit der dem lila Winkel vergleichbare Stigmatisierung der Zeugen Jehovas in der Öffentlichkeit" und spricht von einer "Abwehrpolemik religiöser Konkurrenten". Da ist gewiß was dran - denn vor dem Hintergrund der Scientology-Debatte werden viele religiöse Sondergemeinschaften in einen gemeinsamen Topf geworfen. Auch die Zeugen Jehovas haben als Religionsgemeinschaft einen Antrag auf Anerkennung als "Körperschaft

des öffentlichen Rechts" gestellt. Bei allem Für und Wider, das ein prägendes Element aller "Gesinnungsdiskussionen" ist. - die Publikation des Essener Verlages ist ein Lehrstück in längst überfälliger Toleranz gegenüber Andersdenkenden und ebenso Erinnerung an eine konsequente Umsetzung von Pazifismus und Solidarität.

Thea A. Struchtemeier

Widerstand aus christlicher Überzeugung - Jehovas Zeugen im Nationalsozialismus: Dokumentation einer Tagung. Hg. v. Kreismuseum Wewelsburg. Klartext Verlag Essen 1998. 67 Seiten, 18 DM

Wehrmacht: Vorbild der Bundeswehr?

(Teil 6)

Im Bundestagswahlkampf 1998 wirbt die Partei, deren Spitzenkandidat „Weltklasse für Deutschland“ sein soll, auf einem Plakat dreist mit dem Slogan: „Frieden wählen“. Abgebildet ist darauf ein baskenbemützter Soldat der **Kommandospezialkräfte (KSK)**, einer Bundeswehreliteeinheit, die im Zuge von Auslandseinsätzen erprobt und aufgebaut wird. Signalisiert wird dabei sinngemäß die alte Römerweisheit: „**Wenn du den Frieden willst, bereite den Krieg vor!**“ (Si vis pacem, para bellum.) Und scheinbar hat die CDU damit bisher Recht gehabt. Haben „wir Deutschen“ nicht seit über 50 Jahren keinen Krieg mehr gehabt? Der Schein trügt. Immer deutlicher entpuppt sich „des Pudels Kern“. Man will die Pax Germanica exportieren. Wie? Natürlich mit militärischen Mitteln, mittels Drohgebärde und im Ernstfall Krieg. Schrittweise vorbereitet wurde diese „Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ von Anfang an. Die Bundeswehr ist heute an einem NATO-Manöver in Albanien beteiligt, das der Vorbereitung eines militärischen Eingreifens in Kosova dient. Hier wird kein Krieg vom Zaun gebrochen, der Krieg ist schon da. Die instabil gewordenen Machtverhältnisse und die unerträglich gewordenen Lebensverhältnisse unter den bisherigen Machthabern haben den Konflikt zu einem Krieg ausgeweitet. Man steigt in den Krieg ein, angeblich um ihn in einen Frieden zu verwandeln. „Krisenstabilisierung“ nennt man das. Man muß beweisen, daß man mächtiger ist als alle Konkurrenten um die Macht, um sie an einen Tisch zu kriegen oder widerstrebende als Kriegsverbrecher abzuurteilen. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, sich auszumalen, daß der so angestrebte Friede erst einmal die Friedhöfe füllen und auch dem deutschen Volk einige „Helden“ in Zinksärgen beschenken kann. Und wessen Friede wird es dann sein? Instabil ist nach dem Zusammenbruch des Warschauer Paktes die Lage weltweit geworden, und für die überwältigende Mehrheit der Menschen auf unserem Globus sind die Lebensverhältnisse heute unerträglich. Nicht nur durch Kriege, auch durch scheinbar friedliche großflächige Zerstörung der Lebensgrundlagen. Die Zahl derer, die diesen Bedrohungen durch Flucht zu entkommen suchen, ist immens gewachsen und wächst weiter. Das Wissen um diese Flüchtlingsströme spiegelt sich in jedem scheinbar noch so begrenzten Konflikt. Immer sollen auch weltweit zu verstehende Zeichen gesetzt werden, so wie es etwa die USA als Antwort auf die Bombenanschläge auf ihre diplomatischen Geschäftsstellen in **Nairobi** und **Dar-es-Salam** (= „Haus des Friedens“) tun: Es kommt dabei nicht darauf an, ob man die wirklichen Angreifer trifft, man will nur zeigen, wozu man fähig ist - und Feinde haben

die USA in der Welt übergenug, um sich darunter einen geeigneten Sündenbock auszusuchen. Wäre die Fabrik in **Khartum** nicht (wie auch der deutsche Botschafter in Khartum unmittelbar nach dem Bombardement seinem Chef im Auswärtigen Amt per Fax mitteilte) eine ausschließlich pharmazeutische Fabrik zur Herstellung vor allem von Medikamenten gegen Malaria, sondern tatsächlich eine Fabrik zur Herstellung des (in den USA entwickelten) **Giftgases VX** gewesen, wäre die Katastrophe dort nicht nur auf einige hundert Arbeiter beschränkt geblieben, sondern mit Sicherheit um etliches höher ausgefallen und die Bevölkerung der Stadt (einschließlich der diplomatischen Vertretungen aller Länder, zu denen der Sudan Beziehungen unterhält) eventuell völlig ausgelöscht worden. Zugleich erhöhen die USA mit solchen „Reaktionen“ das Potential für die Auswahl solcher Sündenböcke, gegen die sie künftig sogar Atomwaffen einsetzen wollen. So weit ist Deutschland, auch wenn es ebenfalls bereits Krisenherde auf der ganzen Welt als mögliche Einsatzorte für „friedensschaffende Maßnahmen“ seiner Armee formuliert hat, noch nicht. Immerhin: Man hat hierzulande großes Verständnis für die „Zwänge der Amerikaner“, die Kräfte „bestrafen“ müssen, die sie selbst einst hochgepöppelt hatten, um sie als Bauern im Schachspiel gegen andere einzusetzen, nun aber nicht mehr brauchen (war es nicht bei **Saddam Hussein** auch so?); man versetzt sich bereits geistig in ihre Lage, und deutsches Territorium darf von ihnen als Ausgangspunkt für „Strafexpeditionen“ genutzt werden. Kosova bedroht „uns“ nicht - allenfalls mit Flüchtlingen, die nach Deutschland wollen. Die auszudehnende Pax Germanica soll unter anderem über die **Schengen-Staaten** hinaus die Grenzen, an denen Flüchtlinge abgefangen werden, weiter vorverlegen. Einigen von ihnen wird dabei sogar geholfen - als Kolonen im zerstörten Grenzland. Man braucht Klientelsysteme, damit dieser Friede funktioniert.

**Ge-
schicht-
licher
Rückblick**

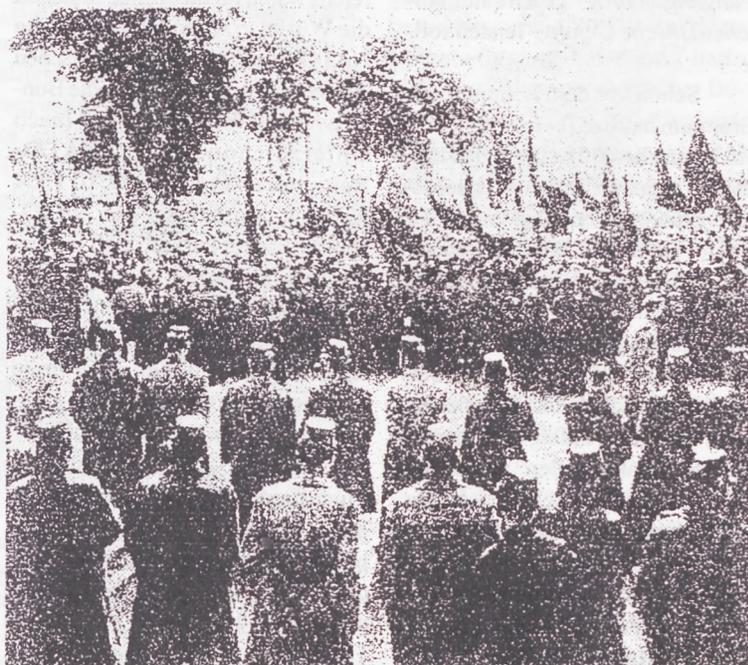
Um zu begreifen, was die Bundeswehr heute ist und wie Antifaschisten sich ihr gegenüber zu stellen haben, muß man auch ihre Geschichte kennen.

Die Bundeswehr wurde von Anbeginn an gegen den breiten Widerstand der deutschen Bevölkerung durchgesetzt. Schon der ins Grundgesetz 1949 aufgenommene Satz: „Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“ (Artikel 4 Absatz 3) verrät, daß ein solcher Dienst bereits vorgesehen ist. Wie der erste Bundeskanzler der BRD, Konrad Adenauer in seinen *ERINNERUNGEN* schrieb, war „ein deutscher Beitrag zu einer Verteidigungsarmee ... in der Bundesrepublik ausgesprochen unpopulär.“ Die Bereitschaft seitens der USA und Großbritanniens, eine deutsche Armee aufzustellen, war spätestens seit Beginn des Kalten Krieges vorhanden. „Militärische Führer der Vereinigten Staaten befürworten ein starkes Deutschland. Sie würden die Deutschen, wenn das ohne Verschärfung der Gefahr eines plötzlichen Kriegsausbruchs

möglich sein sollte, gern wieder bewaffnen. Sie sehen in Deutschland ein militärisches Potential, das viel größer ist als im übrigen Europa. Das deutsche Volk ist ihrer Ansicht nach kraftvoller und weniger in sich gespalten als andere Völker auf dem Kontinent.“ (US News and World Report, Washington, 15.10.1948, zitiert nach: Fritz Krause, Antimilitaristische Opposition in

der BRD 1949-55, Verlag Marxistische Blätter Frankfurt am Main 1971)

Jedoch war zunächst noch für Deutschland im Potsdamer Abkommen zwischen den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges die **Entmilitarisierung** festgeschrieben worden. Dem trug das am 22.11.1949, ein halbes Jahr nach Gründung der BRD, von Adenauer und den Ho-



Westdeutsche FDJler werden von Bereitschaftspolizei aufgehalten (1951)

hen Kommissare der ehemaligen westlichen Besatzungszonen unterzeichnete **Petersberger Abkommen** Rechnung, worin die Absicht bekundet wurde, „die Entmilitarisierung des Bundesgebietes aufrechtzuerhalten und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Neubildung irgendwelcher Streitkräfte zu verhindern.“ (Artikel III, zitiert nach Detlef Bald, Militär und Gesellschaft 1945-1990. Die Bundeswehr der Bonner Republik, Baden-Baden 1994).

Seit Ausbruch des **Korea-Krieges** 1950, der zu einer erheblichen Verschärfung des Kalten Krieges in Europa beitrug und dem die USA gern eine europäische Front gegen das Sozialistische Lager hinzugefügt hätten, erarbeitete ein von Adenauer über seinen Sicherheitsberater **General a.D. Graf Schwerin**, im Kloster Himmerod bei Bonn ins Leben gerufenes militärisches Expertengremium eine neue Militärpolitik. Entworfen wurde in der **Himmeroder Denkschrift** ein „multinationales, integriertes Konzept“, in dessen Rahmen der deutsche Weststaat einen eigenen „Verteidigungsbeitrag“ gegen eine „bolschewistische Gefahr“ leisten sollte.

Schon vor dem Himmeroder Gremium hatte es (bereits ab 1948) ein **Deutsches Büro für Friedensfragen** gegeben, in dem sich regelmäßig führende Politiker von CDU/CSU, FDP und SPD (wie **Theodor Heuß**, **Hans Ehard**, **Carlo Schmid**) mit ehemaligen Wehrmachtsgenerälen (z.B. **Generalleutnant a.D. Hans Speidel**, Generalstabschef des Westheeres unter **Rommel**) trafen, um entsprechende „Denkschriften“ zu erarbeiten. Daraus entwickelte sich hinter den Kulissen eine engere Kooperation vor allem mit amerikanischen Militärsachverständigen. Von den genannten Politikern, die auch im **Parlamentarischen Rat** für den Entwurf des Grundgesetzes saßen, waren bereits versteckte Initiativen in dieser Richtung in das Grundge-

setz hineingemogelt worden. Während in Artikel 24 (Souveränitätsbeschränkung) festgeschrieben wurde, daß „der Bund sich zur Wahrung des Friedens einem System kollektiver Sicherheit einordnen“ kann und „Beschränkungen seiner Hoheitsrechte“ zwecks Schaffung „einer friedlichen und dauerhaften Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt“ hinnehmen werde, heißt es in Artikel 26 (Friedenspflicht) bereits ganz unverfroren: „(2) Zur Kriegsführung bestimmte Waffen dürfen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.“

Damit war bereits ab 1949 der deutschen Rüstungsindustrie ein bedingter Freibrief (Genehmigung der Bundesregierung) ausgestellt worden. Das zunächst forcierte Konzept der multinationalen integrierten Armee im Rahmen einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) scheiterte 1954 am Nein des französischen Parlaments.

Mit der Ablehnung Frankreichs waren für die Militärstrategen die Würfel in Richtung einer in die **NATO** einzubeziehenden deutschen Armee gefallen, auch wenn die Bundeswehr selbst erst ab 1955 (nach Unterzeichnung des **NATO-Beitrittsvertrages** am 23. 10. 1954 in Paris, wo damals das NATO-Hauptquartier lag) offiziell ins Leben gerufen werden konnte. Als eigentliches Gründungsdatum gilt der 12. 11. 1955 (Verleihung der ersten Ernennungsurkunden an höhere Offiziere durch den damaligen Bundespräsidenten **Theodor Heuß**).

An der Zahl von jungen Flüchtlingen vor der zu erwartenden (1956 gesetzlich festgeschriebenen) allgemeinen Wehrpflicht aus der BRD in die DDR, die etwa in den ersten 4 Monaten des Jahres 1955 rund 15.000 betrug, läßt sich die Stimmung in der deutschen Bevölkerung ablesen; dieser Flüchtlingsstrom versickerte erst

Anfang der 60er Jahre, als die Berliner Mauer gebaut (1961) und auch in der DDR die allgemeine Wehrpflicht eingeführt wurde (1962), die DDR also eine Politik der Abschottung gegenüber der BRD betrieb. Die Nationale Volksarmee (NVA), die sich teilweise aus der Kasernen Volkspolizei rekrutierte, wurde international erstmals 1956 bedeutsam, als Ministerpräsident **Walter Ulbricht** auf der Tagung des Warschauer Paktes am 27./28. 01. 1956 den Antrag auf Mitgliedschaft stellte. Jedoch erst im Mai 1958 wurden die ersten Teile der NVA dem Vereinigten Oberkommando in Moskau unterstellt. Die NVA war 1962 etwa 85.000 Mann stark und erreichte 1988 mit 167.000 Mann (Armee: 116.000, Luftstreitkräfte: 37.000, Volksmarine: 14.000) ihren Höhepunkt. (Ende der 80er Jahre brach sie innerhalb kurzer Zeit in sich zusammen und betrug bei ihrer Auflösung 1990 noch etwa 70.000 Mann. Schon Jahre zuvor hatte sie kein konkretes Feindbild und damit keine Überzeugungskraft mehr. Generell kann man sagen, daß die NVA als Reaktion auf die Bundeswehr aufgebaut worden war und im wesentlichen Verteidigungscharakter hatte. Sie brach zusammen, als es für sie nichts mehr zu verteidigen gab.

An die Stelle der DDR als Hauptzufluchtsort für „Fahnenflüchtige“ trat in den 60er Jahren Westberlin, weil dort aufgrund des Viermächtestatuts die Wehrpflicht noch unzulässig war.

Im NATO-Rahmen war eine rasche Vergrößerung der Bundeswehr auf 500.000 Mann innerhalb von drei Jahren vorgesehen. Von einer sorgfältigen Auswahl der rund 1400 Mitarbeiter des **Amtes Blank** zur Vorbereitung des Aufbaus dieser Armee (1955) etwa nach dem Maßstab der Anerkennung der bürgerlichen Demokratie (wie sie damals **Wolf Graf von Baudissin** befürwortete) konnte unter diesen Umständen bald keine Rede mehr

sein. Und schon wenige Jahre danach hatten die „Traditionalisten“ (die den alten Wehrmachtgeist in der neuen Armee verankerten) das Heft fast unangefochten in der Hand.

Die Erwartungen der NATO wurden jedoch nicht ganz so schnell erfüllt. Bis 1962 erreichte die Bundeswehr in einem relativ raschen Anstieg eine Mannstärke von etwa 400.000, die sich bis 1970 auf etwa 450.000 Mann erhöhte.

Die Mehrheit der Deutschen war gegen die Wiederbewaffnung

Man war sich von vornherein darüber im klaren, daß man damals angesichts der ablehnenden Haltung der Mehrheit der deutschen Bevölkerung gegenüber der Remilitarisierung im wesentlichen nur ehemalige Militärs, die von Demokratie nicht viel hielten und noch im Geist der Wehrmacht dachten, und Volkssturm-Kommandeure, die Kinder und alte Leute zur Rettung des Nazistaates in den Tod getrieben hatten, dafür begeistern konnte.

Die Trümmergrundstücke waren inzwischen größtenteils beseitigt, die Erinnerung daran noch nicht. Noch wurden bei Bauarbeiten häufig „Blindgänger“ entdeckt, Bomben, die bei ihrem Abwurf nicht explodiert waren, deren Entfernung aber oft vorsorgliche Räumung ganzer Straßenzüge erforderlich machte. Noch wurde man auf den Straßen durch den Anblick von Menschen mit Kriegsverstümmelungen an die Schrecken des Zweiten Weltkrieges erinnert. Noch gab es die über das Rote Kreuz organisierte Suche nach Vermißten und die Erfahrung von auseinandergerissenen Familien. Zudem kehrten erst 1955 die letzten Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion heim. Angesichts solch hautnaher Erlebnisse, die auch die Erinnerung an die angstvoll ver-

brachten Bombennächte in den Luftschutzbunkern wachhielten, hatten die meisten Menschen insbesondere in den Großstädten in Deutschland das „Soldatspielen“ damals noch satt. Hinzu kam das Grauen vor den noch weitaus schlimmeren möglichen Folgen eines Atomkrieges, einer Katastrophe, der man in Deutschland ja nur dank einer rechtzeitigen militärischen Kapitulation entgangen war. Die antimilitaristische Bewegung „Ohne mich“ fand breite Zustimmung.

In der Praxis wurde das Recht auf Verweigerung des Kriegsdienstes schon kurz nach Etablierung der Bundeswehr durchlöchert. Während das „Gewissen“ der Abgeordneten unhinterfragt blieb (es war jedenfalls keine Verantwortung gegenüber dem Wähler und wurde in der Praxis dem Fraktionszwang der Parteien untergeordnet), war das mit dem Gewissen derjenigen, die zum „Bund“ einberufen wurden, ganz anders. Diesem Gewissen wurden allerhand Fallstricke bereitet, in denen es sich verheddern konnte, und es gehörte sehr viel juristische Trickserei dazu, sein Gewissen glaubhaft zu machen. Im Zuge der **Notstandsgesetze** (1968) wurde schließlich der Zivildienst verankert: „Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen.“ (Artikel 12a, Absatz 2)

Mit anderen Worten: Der Zivildienst ist ein Ersatzdienst für den Kriegsdienst mit der Waffe, also ein Kriegsdienst ohne Waffe, auch wenn - wie es weiter hieß - ein Gesetz „eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Ver-

Kriegsdienstverweigerungsrecht eine Farce

bänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.“ Von daher gehört zur **totalen Kriegsdienstverweigerung** auch die Verweigerung des Ersatzdienstes.

Die Wiederbewaffnung ist in Westdeutschland von vornherein mit Gewalt gegen die Bevölkerung durchgesetzt worden. Es hat zahlreiche Protestbekundungen und Demonstrationen dagegen gegeben, die von (militärisch gedrillter) **Bereitschaftspolizei** niedergeknüppelt wurden. (Auch bei der Polizei hatten alte Nazis - die über den Artikel 131 Grundgesetz als minderbelastet eingestuft worden waren - beim Aufbau mitgewirkt.)

1952 wurde auf eine Friedensdemonstration in Essen von der Polizei das Feuer eröffnet und der Jungkommunist **Philipp Müller** erschossen. Er hatte der in Gesamtdeutschland organisierten **Freien Deutschen Jugend (FDJ)** angehört, dieses Ost-West-Bindeglied störte natürlich das militärische Vorhaben. Von seiten der BRD wurde die Grenze zur DDR mit dem 1951 neugeschaffenen paramilitärischen **Bundesgrenzschutz** undurchlässig gemacht und die FDJ verboten. Die besonders von der KPD unterstützte Volksbefragungsbewegung hatte 1951 trotz massiver staatlicher Behinderung (über 7300 Helfer wurden in Haft genommen, rund 1000 Gerichtsverfahren durchgeführt) über 9 Millionen Unterschriften gegen eine Wiederbewaffnung und für einen Friedensvertrag gesammelt - und der Antimilitarismus der KPD war der eigentliche Grund für ihr 1951 von der Bundesregierung beantragtes und 1956 vom Bundesverfassungsgericht verkündetes Verbot.

Mit der zunehmenden Kriminalisierung aller Initiativen, hinter denen die KPD vermutet wurde, trat als Organisation, die dem Antimilitarismus öffentlich Ausdruck verlieh, vor allem der DGB in Erscheinung, der unter anderem am 25.01.1955 zu einer gro-

Ben Protestkundgebung in der Frankfurter Paulskirche aufrief, bei der das **Deutsche Manifest der Paulskirche** verabschiedet wurde, worin es hieß, der bevorstehende NATO-Beitrittsvertrag werde die Kriegsgefahr in Europa erhöhen und die Spaltung Deutschlands zementieren. Nicht Bonner Regierung und Parlament könnten darüber entscheiden, sondern nur das deutsche Volk selbst. Die damals stark anwachsende Bewegung gegen die Remilitarisierung wurde jedoch vor allem durch führende Politiker der SPD (die öffentlich noch gegen die Remilitarisierung auftrat) auf den Parlamentarismus umgelenkt. Nachdem im Bundestag (mit den Stimmen der SPD) die Entscheidung zugunsten der Aufrüstung gefallen war, blieben von Antikriegspropaganda lediglich relativ unpolitische, an die Moral von Eltern appellierende Initiativen wie die Kampagne „*Kauft kein Kriegsspielzeug*“ noch eine Zeitlang am Leben.

Auftrieb erfuhr die Protestbewegung gegen den Militarismus, als mit der „Vorwärtsverteidigungsstrategie“ Ende der 50er Jahre Pläne der NATO bekannt wurden, auf deutschem Boden Atomwaffen zu lagern. Die Regierung Adenauer dagegen sah in solchen Plänen eine Möglichkeit, auch die Bundeswehr mit Atomwaffen auszurüsten. (Das Aufdecken solcher Ambitionen bildete 1962 den Hintergrund für die Polizeiaktion gegen den SPIEGEL.)

Die Notwendigkeit der schon vor der Großen Koalition in den Schubladen des Bundesinnenministeriums liegenden **Notstandsgesetze** erklärte der damalige Innenminister **Paul Lücke** so: Er sehe so lange keine Gefahr, wie „*die Sonne der Konjunktur scheint*“. Wenn jedoch „*5 bis 6 Millionen Arbeitslose da sind, dann beginnt der Notstand. Für diesen Augenblick müssen wir uns jetzt vorbereiten und für diesen Augenblick müssen wir unseren Staat rüsten.*“

Die Große Koalition setzte 1968 gegen breiten Widerstand in

der gesamten Bevölkerung die Notstandsgesetze durch. Damit wurde die Bundeswehr rechtlich zu einem Unterdrückungsinstrument gegen die deutsche Bevölkerung gemacht und kann bei Erklärung des Notstandes auch gegen Massenstreiks und andere Formen des Aufruhrs gegen einschneidende Maßnahmen der herrschenden Klasse eingesetzt werden.

Der Militärhaushalt der BRD, der 1950 noch bei etwa 5 Milliarden DM gelegen hatte und bis 1968 auf etwas mehr als 21 Milliarden DM im Jahr angestiegen war, kletterte insbesondere in den 12 Jahren der SPD/FDP-Koalition bis auf 68 Milliarden DM für das Jahr 1982 an. Unter Kohl verlangsamte sich dagegen der Anstieg der Militärausgaben und lag 1990 (nachdem die „Mauer“ gefallen war) nach einem Höhepunkt von 80 Milliarden wieder bei etwas über 68 Milliarden. Das sind pro Kopf der Bevölkerung (die BRD zählte damals 62,7 Millionen Menschen) immerhin rund 1090 DM der im Jahr entrichteten (direkten und indirekten) Steuern.

Wie sich als Wehrpflichtiger verhalten?

Der Einsatz der Bundeswehr gegen Teile der deutschen Bevölkerung etwa im Falle eines Generalstreiks, der zum Anlaß für eine Erklärung des „inneren Notstandes“ gemacht würde, könnte zu Unfrieden in der Bundeswehr selbst führen, solange ihre Grundlage in der allgemeinen Wehrpflicht besteht.

Auch wenn der Ausdruck „allgemeine Wehrpflicht“ eine Beschönigung darstellt: In die Pflicht genommen werden die überwiegend aus der Arbeiterklasse stammenden Wehrpflichtigen ja nicht, um sich und ihre Angehörigen zu schützen (das könnten sie angesichts des Potentials an Massenvernichtungswaffen, die bei einem imperialistischen Krieg zum Einsatz kommen,

ohnehin nicht).

Eine Armee, die sich auf Berufssoldaten stützt, ist den Herrschenden allerdings angenehmer. Das für Soldaten geltende „*besondere Gewaltverhältnis*“ wäre dann zusätzlich noch beamtenrechtlich eingebettet. Bei der wachsenden Zahl von Arbeitslosen kann die Bundeswehr sich die Leute, die sie braucht und deren Gehirne sie mit den entsprechenden Privilegien „waschen“ kann, aussuchen.

Die Forderung, die Bundeswehr abzuschaffen, verkennt ihre Funktion als staaterhaltende Gewalt. Solange es keine Machtmittel gibt, den Staat dazu zu zwingen, würde eine solche Forderung eher als Ruf zur Schaffung einer Berufsarmee „verstanden“. Kein Staat läßt sich seine Machtmittel auf friedlichem Wege aus der Hand nehmen, schon gar nicht der deutsche. Schließlich ist seine Armee ja sein Hauptmittel zur Niederschlagung einer Revolution, falls eine solche einmal ausbrechen sollte. Die Bundeswehr könnte also nur im Verlauf einer erfolgreichen Revolution aufgelöst werden, etwa indem ihre Soldaten scharenweise zu einer revolutionären Volksarmee überlaufen. Einfach wegzulaufen, hieße dann, sich vor den neuen „Kettenhunden der Wehrmacht“ (Feldjägern) verstecken zu müssen, und könnte bei wiedereingeführter Kriegserichtsbarkeit als Fahnenflucht mit dem Tod bestraft werden. Anderes zu erwarten, wäre eine ähnliche Traumtänzerie wie etwa die Idee: „*Stell dir vor, es ist Krieg, und keiner geht hin.*“

Scharf bekämpfen muß man dagegen den forcierten Ausbau und die materielle Bevorzugung des geplanten 50.000-Mann-Heeres der KSK, die eindeutig auf die Out-of-area-Einsätze ausgerichtet sind. Während die Wehrpflichtigen aus Kostengründen vielfach mit veraltetem Gerät hantieren müssen, ist für diese Eliteeinheit das Beste und Teuerste gerade gut genug. Es handelt sich um eine Berufsarmee, de-

ren Aufbau innerhalb der Wehrpflichtigenarmee „versteckt“ wird. Während die sich eher aus den gehobenen Schichten mit Fremdsprachenkenntnissen rekrutierenden KSK nach Kräften gefördert werden, werden die überwiegend der Arbeiterklasse entstammenden Wehrpflichtigen allein schon durch die Existenz der KSK zu „Schützen Arsch im letzten Loch“ degradiert, da ihre militärische Ausbildung schlechter und ihr Leben daher bei Einsätzen weniger wertvoll ist.

Der technokratisch-faschistische Geist in den KSK entspricht eher dem Pendant beim Bundesgrenzschutz, der GSG9. Bei den einfachen Soldaten dagegen setzen die plumperen Nazis mit ihrer Beeinflussung an.

Die Bundeswehr hat nicht die Legitimation des deutschen Volkes. Aber das Volk hat hierzulande auch nicht die Macht. Die Bundeswehr ist mithin nicht ein Instrument des Volkes, sondern ein Instrument der herrschenden Klasse. Sie wird heute in zunehmendem Maße zu einem Instrument, dessen Zweck darin besteht, Krieg zu führen, nicht weil das Volk Krieg will, sondern weil die herrschende Klasse Krieg braucht. Was ihr dazu noch fehlt, ist eine eigene **Kriegsgerichtsbarkeit**, die auch Todesurteile fällen kann. Pläne dazu liegen bereits heute vor. Auch in Richtung einer Wiedereinführung der **Todesstrafe** wird das politische Klima zur Zeit spürbar verändert.

Dem kommenden Krieg dienen alle psychologischen Zwischenstationen, die von den Politikern von **Helmut Kohl** bis hin zu **Joschka Fischer** benutzt werden, um einerseits dieses Instrument Bundeswehr zu schärfen und andererseits ihm und seiner teuren Bestückung in der Bevölkerung Akzeptanz zu verschaffen. Dies geschieht heute auf dem Weg über Vorwände wie „humanitären Einsätze“, so als ginge es überhaupt nicht um militärische Präsenz, sondern nur um Hilfeleistung

für eine notleidende Bevölkerung.

Ohne die humanitäre Motivation vieler „Bürger in Uniform“ in Abrede zu stellen: Durch ihre Doppelfunktion, in der die Bundeswehr mit ihrem logistischen Appa-

stimmung verschaffen; wie wir gesehen haben, benutzte sie die Gelegenheit dazu, auch Angriffswaffen wie etwa die Tornado-Flugzeuge oder Mannschaftshubschrauber populär zu machen. (In jüngster Zeit

Ein CSU-Mann macht aus seinem Herzen (k)eine Mördergrube

Kampfflugzeuge wie den Eurofighter 2000, die derartige Unsummen an gesellschaftlichem Reichtum verschlingen (ein einziges Flugzeug kostet bereits 130 Millionen Mark, von der Bestückung, ohne die es keinen Sinn macht, noch gar nicht zu reden, die insgesamt nochmals 28 Milliarden DM verschlingen soll) - nicht nur in der Anschaffung, auch in der Ausbildung der Piloten und der Wartung der Maschinen -, baut man schließlich nicht einfach, um sie irgendwann wieder zu verschrotten, sondern in „weiser“ Voraussicht dessen, was da kommen soll.

Es ist geradezu lachhaft, wenn etwa der parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe der CDU/CSU-Fraktion in Bonn, Eduard Oswald, die Notwendigkeit des Eurofighters daraus ableitet, daß bei Nichtanschaffung desselben „Flüchtlingsbewegungen größte soziale Probleme ins Land tragen“ könnten.

„Angesichts der Krisen und Kriege in der Welt ist für mich eine wirkungsvolle Verteidigungsvorbereitung und die Fähigkeit zur Krisenstabilisierung geradezu eine humanitäre Notwendigkeit.“ (So in einem Antwortbrief vom 18.11.1997 an das Ostermarsch-Ruhr-Komitee.) Sollen Flüchtlinge künftig von der Bundeswehr daran gehindert werden, nach Deutschland zu kommen? Durch „Krisenstabilisierung (...) in der Welt“, also: stabil gemachte Krisen, Dauerkrisen? Wie human den Flüchtlingen gegenüber man da doch ist! Und für eine solche „Sicherheitspolitik“ kann man dann ruhig auch mal die „Sozialpolitik“ hierzulande kürzer treten lassen, denn „auch in Zeiten knapper Mittel dürfen wir auf keinen Fall die äußere Sicherheit vernachlässigen.“! Also Leute, Opfer bringen, damit die Flüchtlinge nicht ins Land kommen! Unsere Abwehr muß überall auf der Welt gegen sie einsatzbereit sein! Immerhin ist dieser CSU-Politiker so ehrlich zu sagen, daß die Anschaffung des Eurofighter auch dazu dienen soll, Menschen, die zu den Ärmsten der Armen gehören, nämlich Flüchtlinge, noch mehr zu Verlierern zu machen. Solche Töne klingen so ganz anders als die im „Weißbuch 1994“ beschworene Rolle des Bundeswehrsoldaten in der Welt.

rat in Katastrophenfällen tatsächlich dem Volk dient (wie bei der Oderüberschwemmung), wird sie als eine positive Institution im Bewußtsein der Bevölkerung verankert und kann ihrem immer aktueller werdenden Kriegsauftrag und der dafür benötigten Aufrüstung breitere Zu-

wird bei der Berichterstattung über die Bekämpfung des Hochwassers in China besonders der Einsatz der chinesischen Armee ins Blickfeld gerückt.)

Kriegsminister Rühle selbst forderte vor nicht allzu langer Zeit die Linken auf, in die Bundeswehr

zu gehen, um dort dem Geist des Faschismus entgegenzutreten. Ist das ein Angebot an die Antifaschisten? Sollen wir ihn beim Wort nehmen? So ganz einfach ist die Frage nicht.

Der Sänger **Franz Josef Degenhardt** hat in den 70er Jahren in einem Lied die Frage für fortschrittliche Rekruten so zu beantworten versucht: „Also, wenn du mich fragst, Junge: 'Soll ich geh'n in die Armee?' kann ich dir nur raten, Junge: 'Wenn du stark genug bist, geh!' Stark genug sein, das ist wichtig. Unterschätz die andern nie! Denn sie waschen die Gehirne, das Geschäft verstehen sie.“

Angesichts des Fehlens von organisatorischen Strukturen, mit deren Hilfe die Position von Soldaten, die dem Militarismus Wider-

stand entgegensetzen wollen, gestärkt werden kann, können wir Antifaschisten die Verantwortung nicht übernehmen, jemandem zu raten, in die Bundeswehr zu gehen. Die Entscheidung muß jeder Rekrut für sich selbst treffen; unterstützen müssen wir dagegen jeden, der das Recht in Anspruch nimmt, den Kriegsdienst total oder den Kriegsdienst mit der Waffe zu verweigern.

Antifaschisten dürfen die Bundeswehr nicht einfach dem faschistischen Gegner überlassen, sondern müssen unter den Soldaten Fuß fassen, um dem faschistischen Geist in der Bundeswehr etwas entgegensetzen zu können, bevor sie vollends zu einer neuen Wehrmacht geworden ist, deren Soldaten Mörder werden. Die Zeit drängt.



Der Gaskrieg ist auch heute noch „in“

DER KAMPF GEGEN FASCHISMUS IST LEGITIM

Zum DHKP-C Verbot am 13. August 1998

Am 13. August 1998 erklärte der deutsche Innenminister **Manfred Kanther** die DHKP-C für „verboten“. Kanther selbst erklärte, dass das Verbot eine Reaktion auf die nach dem Beschluss vom Bundesgerichtshof im Februar 1998 entstandene Rechtslage sei. In diesem Beschluss war festgestellt worden, dass die DHKP-C im juristischen Sinne nicht als Nachfolgeorganisation der 1983 verbotenen **Devrimci Sol** einzustufen sei. Angriffen der deutschen Polizei gegen die DHKP-C unter dem Vorwand der Verfolgung einer verbotenen Organisation fehlte damit jegliche rechtliche Grundlage.

Zur Zeit läuft in Hamburg ein Prozess gegen drei mutmaßliche Mitglieder der DHKP-C. In diesem Prozeß soll die Existenz einer „terroristischen Vereinigung“ nach § 129a StGB festgestellt werden. Wenn der Bundesgerichtshof erklärt, dass die DHKP-C nicht einfach als Nachfolge-

organisation der **Devrimci Sol** zu kriminalisieren ist, sollte dieser Mangel durch den Nachweis einer „terroristischen Vereinigung DHKP-C“ ausgeglichen werden.

Innenminister Kanther aber ist das nicht genug. Mit dem Verbot schafft er gegen eine Entscheidung

des Oberlandesgerichts und einen laufenden Prozess ignorierend 'Tatsachen'. Wenn die Judikative in Deutschland nicht die von der Exekutive gewünschten Ergebnisse liefert, definiert diese die Rechtslage eben selbst. Ein Schlag ins Gesicht für alle, die noch an die Existenz eines Rechtsstaates in Deutschland geglaubt haben. In der Türkei ist es der MGK, der Nationale Sicherheitsrat, ein Gremium, in dem hohe Militärs ihre Entscheidungen der Regierung mitteilen, die diese dann im Parlament absegnen lässt, der das Land zunehmend offen regiert. Legislative, Judikative und Exekutive arbeiten nicht unabhängig, sondern vollständig unter der Kontrolle des

MGK, der in ihre Arbeit eingreift, wann immer es ihm nötig erscheint. Eines der wichtigsten Kennzeichen für ein faschistisches System ist die Vereinigung der drei Gewalten in einer Hand. In Deutschland setzt sich ein Bundesinnenminister in Abstimmung mit den Innenministern der Länder offen über die Judikative hinweg. Ein System, in dem so etwas möglich ist, nennt man Polizeistaat.

Die Hintergründe für das Verbot sind politischer Natur. Im Zuge der anstehenden Wahlen wird versucht, eine Phobie zum Thema "innere Sicherheit" und "Kriminalität" zu erzeugen. Mithilfe der scheinbaren "Bedrohung durch steigende Gewalt" versuchen sich die Parteien dann mit repressiven, Grund- und Menschenrechte außer Kraft setzenden Maßnahmen, im laufenden Wahlkampf zu profilieren. Richten sich diese Maßnahmen vor allem gegen in Deutschland lebende Menschen nichtdeutscher Herkunft, so wird damit gleichzeitig der herrschende Rassismus gefördert. Außerdem gilt es, die mit der erneuten Verweigerung einer Vollmitgliedschaft der Türkei in die Krise geratene Beziehung zum Staat der Türkei aufzubessern. Immerhin kann diese Krise die laufenden Geschäfte beeinträchtigen. Deutschland ist einer der größten Waffenlieferanten für die Türkei. Nach Angaben der deutschen Regierung wurden 1994 Waffen und militärische Ausrüstung im Wert von 619,3 Mio. DM, 1995 für 177,9 Mio., 1996 für 600,8 Mio., 1997 für 145 Mio. in die Türkei geliefert. Und in den ersten 6 Monaten dieses Jahres wurden Waffen für 449,2 Mio. an die Türkei verkauft. Zur Zeit wird über ein Geschäft im Wert von 55 Mio. DM verhandelt.

Der gewünschte Effekt blieb nicht aus. In allen großen Tageszeitungen der Türkei wurde das Verbot bejubelt und als verspätete, aber richtige Entscheidung begrüßt. Reaktionäre, vom deutschen Staat und dem Regime in der Türkei gleichermaßen geförderte Institutionen, wie das Zentrum für Türkeistudien in Essen, spendeten ebenfalls Beifall. Das Verbot ist ein wahrer Rundumschlag. Jegliche Aktivität der DHKP-C ist verboten. Ihr Vermögen soll eingezogen werden. Die Verwendung ihrer Embleme in Schrif-

ten, Ton- oder Bildträgern, Abbildungen und Darstellungen ist eine Straftat. Jegliche Publikation der Organisation gilt als verbotene Schrift und darf beschlagnahmt werden. Unter diese Publikationen rechnen Kanther und seine Helfer auch die Zeitung Kurtulus. In der von Innenminister Kanther herausgegebenen Verbotsverfügung wird die Kurtulus namentlich genannt und als "DHKP-C Organ" bezeichnet. Mit dem Verbot der Kurtulus soll ein "Schlag gegen eine wichtige Finanzierungsgrundlage" der Organisation geführt werden. So weit geht selbst der faschistische Staat in der Türkei nicht. Die seit ihrem Erscheinen unter einer brutalen Repression stehende Kurtulus wird in der Türkei vorzugsweise mit den illegalen Methoden der Konterguerilla bekämpft. Im Mai dieses Jahres wurde der Besitzer der Druckerei in der Türkei, in der die Kurtulus gedruckt wird, auf Anweisung des MGK bedroht, die Kurtulus nicht mehr zu drucken. Am 26. Mai rief der Polizeichef des Bezirks Büyükcesme, Hüseyin Islamoglu, den Besitzer der Serler Druckerei zu sich. Er erklärte, dass er im Namen des Divisionskommandeurs der Artillerie-Einheiten von Hadimköy sprechen würde. Falls er die Kurtulus weiterhin drucken sollte, würden 'zivile Kräfte' sich einschalten und dem Druckereibesitzer Schaden zufügen. Hüseyin Islamoglu betonte, dass er im Namen des MGK spreche und sagte: "Gesetzlich können wir nicht verhindern, dass diese Zeitungen ge-

druckt werden. Sie werden diese Zeitungen nicht mehr drucken. Wenn ja: Sie haben Kinder, es wäre schade um sie. Die offiziellen Staatskräfte tun Ihnen nichts. Aber es gibt da noch die 'zivilen' Kräfte". Die Kurtulus ist eine in der Türkei legale sozialistische Wochenzeitung. Sie berichtet über die Situation in der Türkei und in Kurdistan und verfolgt aufmerksam den internationalen Befreiungskampf der Völker. Ihr Ziel ist es, dem Widerstand gegen das Unterdrückungsregime in der Türkei eine Stimme zu geben. Damit stellt die Kurtulus eine wichtige Stimme in der ansonsten größtenteils vom Staat in der Türkei kontrollierte Presselandschaft dar. Sie ist die einzige Zeitung, die über die "Volksräte" berichtet, eine sich ausbreitende Form der Organisation der Opposition des Volkes in der Türkei. Aktionen der "Volksräte" wie die Vertreibung der mit Zyanid schürfenden französisch-kanadischen Firma Eurogold aus der Region Bergama bei Izmir unterstehen ansonsten einer Zensur. Die Kurtulus finanziert sich zu einem bedeutenden Teil mit Einnahmen aus dem Verkauf in Europa. Der von Kanther geführte "Schlag gegen eine wichtige Finanzierungsgrundlage" richtet sich dementsprechend nicht gegen die DHKP-C, sondern gegen die Kurtulus, die Stimme der Opposition des Volkes in der Türkei gegen ein menschenverachtendes Regime. Und auch beim Verbot der Kurtulus setzt sich Kanther über die Justiz hinweg. Bei dem in Hamburg laufenden Verfahren wird

Attatro

Buchladen GmbH

Herner Str. 16
45657 Recklinghausen

Tel. 02361/17002
Fax 02361/27040

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30, Sa 10.00-15.00



Partner der
Büchergilde

von der Staatsanwaltschaft eine Anhängerschaft für die DHKP-C daran festgemacht, dass die betreffenden Personen die Kurtulus lesen oder verteilen. Auf Aufforderung des Gerichts stellte die Staatsanwaltschaft einen "Experten", der diese Behauptung und damit verknüpft die Einstufung der Kurtulus als Organ der DHKP-C belegen sollte. Dieser "Experte" des Bundeskriminalamtes musste vor Gericht allerdings zugeben, dass er nicht weiß, was in der Kurtulus steht. Um vor Gericht die Frage zu klären, ob die Kurtulus ein DHKP-C Organ ist oder nicht, wurde nun die Verteidigung beauftragt, ihrerseits eine Experten zu stellen. Dies alles weiß mit Sicherheit auch Innenminister Kanther. Trotzdem ignoriert er ein laufendes Verfahren und erklärt die Kurtulus zum DHKP-C Organ. Dabei haben seine eigenen "Experten" keine Ahnung über den Inhalt der Zeitung. Die DHKP-C ist eine Befreiungsbewegung. Sie kämpft für eine unabhängige, demokratische Türkei, in der die Völker in Freundschaft und die Menschen in Würde leben können. Das System in der Türkei kann sich nur mit der Hilfe brutalster Unterdrückung aller Regungen der Opposition aufrecht erhalten. Jedes demokratische oder politische Recht wird den Menschen in der Türkei ver-

weigert. Dabei kennt die Brutalität keine Grenze. Sechzig- bis siebzigjährige Menschen, die mit den Bildern ihrer nach der Festnahme verschwundenen oder durch die Konterguerilla ermordeten Kinder in der Hand Rechenschaft fordern, werden von der Polizei mit Hunden und Knüppeln angegriffen. Die Antwort des Staates auf Proteste von Studierenden gegen Studiengebühren und Überwachung der Hochschulen durch die Polizei sind Polizeiknüppel, Festnahmen und Folter. Fordern die Arbeiter einen Lohnausgleich, der zumindest annähernd den Kaufkraftverlust durch die schwindelerregende Inflation ausgleicht, so werden auch sie zusammengeschlagen und festgenommen. Fordern sie die ihnen zustehenden gewerkschaftlichen Rechte, so werden sie gefeuert. Seit Jahren versprechen die schnell wechselnden Regierungen in der Türkei "Reformen" und eine "Demokratisierung". Mehrmals wurde wie jetzt im Vorfeld von Wahlen eine "allgemeine Amnestie" für Gefangene diskutiert. Gebessert hat sich dadurch nichts. Wer immer auch an die Regierung kam, hat die versprochenen Reformen schnell vergessen, die einmal geleerten Gefängnisse wurden in kurzer Zeit erneut gefüllt. Das Regime der Türkei kann sich nur mit

internationaler Unterstützung an der Macht halten. Waffen, Ausbildung und militärische Ausrüstung, die gegen das eigene Volk zum Einsatz gebracht werden, stammen zum größten Teil aus Deutschland und den USA. Ohne die Kredite des IWF wäre die Türkei längst zahlungsunfähig. Einer der wichtigsten Unterstützer des Regimes in der Türkei, sei es durch Waffenslieferungen, Kredite, Ausbildung von Polizeikräften oder politisch, ist der deutsche Staat. Gleichzeitig leben in Europa mehr als drei Millionen Menschen aus der Türkei, etwa 2,3 Millionen davon in Deutschland. Sie sind vor den Bedingungen geflohen, die ihnen ein Leben in ihrer Heimat unmöglich machen. Das DHKP-C Verbot ist nichts als der vorläufige Höhepunkt in der Repression des deutschen Staates gegen eine ausländische Befreiungsbewegung, das dazu dient, die eigenen innenpolitischen und außenpolitischen Interessen mit Gewalt zu sichern.

August 1998 Antifaschistisches Informationsbüro
Brüssel Chaussee de
Louvain 323 B - 1930
Bruxelles

1. SEPTEMBER:

Am 1. September, dem 59. Jahrestag des Beginn des Zweiten Weltkriegs, fanden zahlreiche Kundgebungen statt. Im Kreis Recklinghausen organisierte die IG Metall in Oer-Erkenschwick und Marl Aktionen, in Recklinghausen führte der "Internationale Freundschaftsverein" (IFV) eine Kundgebung auf dem Altstadtmarkt durch.

Der IFV protestierte in einem Flugblatt vor allem gegen die jüngsten Terrorakte der USA in Afghanistan und im Sudan. In dem Flugblatt heißt es: "Friedliebende Menschen sind wütend über Terror, der den Tod unbeteiligter Menschen in Kauf nimmt."

INTERNATIONALER ANTIKRIEGSTAG

Die Schlächtereien

islamistischer Fundamentalisten rechtfertigen aber keine terroristische Vergeltung. Auch nicht im Namen der Demokratie. "Verteidigung der Demokratie" ist die Begründung der USA für ihr Auftreten als "Weltpolizist"- Wer gab ihnen das Recht dazu? Welche Entscheidung der Vereinten Nationen ging den Raketenangriffen, die hunderte von Menschenleben kosteten, voraus? Wer hatte den USA erlaubt, den Vietnamkrieg zu führen?

Wer gab ihnen die Berechtigung, den Irak zu bombardieren? Wer hatte ihnen erlaubt, Libyen zu bombardieren? NIE-

MAND! Die USA führen ständig Krieg, ohne den betroffenen Ländern den Krieg erklärt zu haben. Die USA missachten ständig die Unabhängigkeit und Souveränität anderer Länder. Diese Politik kann einen Weltkrieg auslösen, der alle bisherigen Kriege in den Schatten stellt. Diese Politik kann die Menschheit in ihrer Existenz bedrohen." Der IFV protestierte außerdem dagegen, dass die europäischen Staaten einschließlich der BRD die Terrorangriffe der USA umstandslos unterstützten.

Der aus Deutschen, Türken und Kurden bestehende Verein

stellt klar, dass die Völker kein Interesse daran haben, auf dem Feld der Interessen weniger imperialistischer Großmächte geopfert zu werden: *„Nicht die türkischen Arbeiter in Ankara, nicht die kurdischen Bauern in Dersim, nicht die chinesischen Händler in Indonesien und nicht die tansanischen Fischer bedrohen den Frieden.“* Die Mächtigen in den verschiedenen Ländern versuchen immer wieder, die Völker gegeneinander zu hetzen. Dagegen hilft nur die Solidarität der unterdrückten Völker!

**Internationaler
Freundschaftsverein (IFV) Recklinghausen**



Bülent Ulurak vom Vorstand des IFV

In Recklinghausen entsteht das Bert-Brecht-Zentrum

1993 als Geschäftsstelle des Antifaschistischen Bundes (AFB) eingerichtet, dann als Antifa-Zentrum Recklinghausen genutzt, entsteht zur Zeit in den Räumen in der Herner Straße 43 das Bert-Brecht-Zentrum (BBZ).

Diese Entwicklung - mit all ihren Höhen und Tiefen - spiegelt einen Teil linker Politik in Recklinghausen wider. Vor zwei Jahren entstand der Internationale Freundschaftsverein (IFV), der als zweite Organisation neben dem AFB seine Treffen dort durchführt.

Mit dem Aufbau einer „Antifa-Koordination im Kreis Recklinghausen“ entstand ein Bündnis verschiedener Organisationen: AFB, IFV, DKP, VVN/BDA, SJD Die Falken, Hertener Aktionsbündnis gegen Neofaschismus.

Die Antifa-Koordination legte den Grundstein zu einer Zusammenarbeit, die im vergangenen Jahr z.B. die „Woche gegen Rassismus und rechte Gewalt“ ermöglichte.

Auf dem Hintergrund dieser gemeinsamen Praxis entstand die Idee, das bisherige Antifa-Zentrum politisch zu erweitern und als Zentrum für eine politische und kulturelle Alternative zur Rechtsentwicklung in diesem Land zu entwickeln.

Weitere Organisationen wie PDS, SDAJ u.a. werden das zukünftige BBZ mitnutzen.

Zur Zeit wird das Zentrum vor allem durch Dietmar (DKP) und Helmut (PDS) renoviert. Neben diesen beiden „Meistern des Handwerks“ haben viele andere mitgeholfen, so dass zu Beginn der diesjährigen „Woche gegen Rassismus und rechte Gewalt“ (9.-16. November) das BBZ feierlich eingeweiht werden kann.

Möge es zu einem lebendigen Ort für linke Politik, kulturelle Vielfalt, Völkerfreundschaft und solidarische Auseinandersetzungen werden.

Wolfgang Tschentscher (AFB)



Dietmar und Celal

Mythos und Wut

Kritik an Herrschenden sollte immer verbunden sein mit Kritik an der Opposition bzw. dessen, was Linksopposition werden will. Sonst ist sie nicht kreativ, sondern wird Über-Blick oder trägt mit dem Gesicht der Revolte schon die kommende Unfreiheit unterm Herzen.

So verkennt - nicht allein - die ökologische und antifaschistische, die pazifistische, marxistische und anarchistische Linke die Kraft der Gedanken, Bilder, die den Worten mitschwingenden Bedeutungen auch eigener Mythen - und zwar nicht nur als Gefahr, sondern auch als Chance. Sie sieht nicht die Gefahr, die sich aus der aktuellen *Wiedervereinigung von magischem Gesellschaftsbild und Politik* ergibt.

Und zwar aus einer Repolitisierung von individualisierter "Ökologie" - also einer ohne Verständnis für die entscheidenden Produktionsverhältnisse -, von Zwischenmenschlichkeits-Philosophie (1), "Geldherrschafts" - Ablehnung, gesellschaftskritikunfähiger Spiritualität einschließlich bestimmter parapsychologischer, parapsychologischer und kosmologischer Dinge, - so wie sie sich konzentriert in Udo Holeys alias J. v. H.'s Geheimgesellschaftenbuch ausdrückt und in dessen durch Mundpropaganda erreichten hunderttausendfachen Verkaufserfolg.

In ihrer Wut auf die fortschreitende "sanfte Verblödung" (2) der anderen und teilweise deren Unfähigkeit, bestimmte moderne Erkenntnisse sozial fortschrittlich einzuordnen, verkennen bekannte antifaschistische KritikerInnen auch die psychologisch-ideologische Wirkkraft dieser Holeyschen Wiederbelebung der sogenannten Protokolle der Weisen von Zion, dieses giftigsten virulenten Antisemitismus, der pazifistisch, ökomäßig und spirituell modernisiert wurde, hin auf eine deutsche Wirklichkeit nach Auschwitz. So benutzt er auch Vorstellungen und Forschungen über utopische Technologien.

Der hiermit verbundene VRIL(energie)Begriff - seiner literarischen Herkunft nach einer sozial-utopischen gesellschaftlichen Situation verbunden - beleuchtet jedoch aus der in doppeltem Sinne *Unterwelt* rosenkreuzerischen Denkens vielmehr eine historisch-materialistische *Wahrheit* (die Bedeutung materiellen Überflusses für eine befreite Gesellschaft), als dass dieser Begriff abzutun wäre als "esoterischer Spuk, der besonders rechte Esoteriker fasziniert", wie das z.B. Jens-Uwe Ries tut (3). Das Problem insbesondere für die (marxistische) Linke ist nur, dass sie, Energie(-Produktion bzw. -Versorgung) einerseits wie selbstverständlich zur materiellen Basis rechnend, sich deren gesellschaftlich bezogener Eigenart und deren Besonderheit in Bezug zum Materiellen kaum bewusst ist und war (4).

Dumm aber logisch, der Vorwurf der "rechten Faszination" - erst recht, ohne zu hinterfragen, *warum* "es" so fasziniert. Antwort: Wer, außer den Lesern des Erfolgsromans "Das Foucoltsche Pendel" (1988) erfuhr denn sonst was über VRIL, außer speziellen Rechten? Keiner! - Diese Energiethematik in den Fascho-Giftschrank einzuschließen, bedeutet, sich möglicherweise einem Zugang zu medizinischem und ökologisch-technischem Fortschritt zu verschließen und einem Erkenntnishintergrund, der dann samt dieser verlockenden Bezeichnung dem Gegner überlassen bleibt! (5)

Zum Teufel !

Zurück zu *der* Figur der Unterwelt, dem Teufel. Dieser leistete christlicherseits anscheinend nicht nur gute Dienste zur Verdrängung der germanischen Gottheiten Wotan/Odin, indem man diese ver-teufelte. Nein, laut Magazin TATIVA VIVEKA (6) bekämpfte die Christianisierung ganz konkret mit Teufel oder Hellmann benannte Betreiber des keltischen Nachrichtensystems, das mit Signalfeuern arbeitete. In-

teressiert daran, die allgemeine Information zu kontrollieren, wurde es verboten, dem "Teufel zu opfern". - Völlig klar, wenn es zutrifft, dass Hell-man für seinen Gemeinschaftsdienst von der Bevölkerung versorgt wurde.

Paßt hierzu nicht gut die oft mit biblischen und anderen Quellen hinweisen vorgebrachte Auffassung, Luzifer sei der von der All-Einheit abgefallene Lichtengel oder -bote ? (7) - Und dann kommt oft "also gibt es Luzifer eigentlich gar nicht". Wie auch immer, zumindest als Feuer-Melder scheint es ihn wirklich gegeben zu haben.

Aber als böse Kraft ?! - Ist es nur das, was der Mensch aus Unkenntnis oder als profitorientiert kurzfristig denkendes Wesen zerstörerisch schafft ? Oder als ein aus solchen Verhältnissen stammendes, schon sehr früh deformiertes Wesen ? (8)

Dann könnten wir ja nicht genug vom Baume der Erkenntnis essen. Oder bekommen wir es dabei mit den Erkenntnissen des Gegners zu tun, oder gar dessen "Nachrichten-Feuer" ?

Antifaschisten, auch dann: Nur zu ! (9)

Schon bei den Vorläufern der Nazis zeitigte ihre Vorstellung von bzw. Sehnsucht nach einem hochstehenden Über-Leben und dem ihm verwandten Hass auf alles Schwach(machend)e (10) eine besondere "Energienähe", und zwar als einer Suche nach einem Übermaß von ihr. Die eine Form war die Begeisterung für eine dies ausdrückende Technik, welche quasi als verlebendigte angehimmelt wurde, und aus Unvermögen, das Lebendige zu verstehen. Die andere Form in der Selbstüberwindung-Stählungs-Abtötung, der Suche nach Möglichkeiten zum "maschinisierten" Menschen, - also nach Superkraft und Übermensch.

In beiden Fällen wird aus menschlichen wie aus maschinellen produktiven Fähigkeiten Anti-Produktion. Später nahm das seinen

Ausfluß in der Einrichtung des SS-Amtes Ahnenerbe, das am bekanntesten wurde durch seine Menschenzuchtanstalt "Lebensborn e.V." und durch brutale Experimente mit KZ-Gefangenen, die Hölle auf Erden. Weniger bekannt ist dessen okkultistische Ausrichtung auf der Suche nach Übermacht-Wissen durch Expeditionen und Erforschung des Erdinneren über Höhlen und Karste. Mit der Kriegsentwicklung ging es dann auch, in Konkurrenz zur Wehrmacht, um die Herstellung von "Wunder-" und Strahlenwaffen.

Auf ausdrücklichen Befehl Himmlers wurde 1943 unter dem Ausnahmeforscher und Erfinder Victor Schauberger an der SS-Ingenieurschule Wien mit der Konstruktion eines "Flugkreisel" begonnen, dessen Antrieb nicht auf Verbrennungsenergie beruhte.

"Wunderwaffen"

Es ist erstaunlich, wie bis auf den heutigen Tag beim fliegenden Gerät reale Entwicklungen - seien es Tarnkappenbomber, Nurflügel- oder asymmetrische Flugzeuge - vielen Prototypen und Modellen der Nazizeit ähneln -; unglaublich ihre Vielfalt bei den Raketen- und Staustrahlflugkörpern. Doch diese technologische Überlegenheit, auch bei den Fernlenk Waffen V1 und V2, die mit ihrer Tonne Sprengstoff nach London oder Antwerpen flogen, war strategisch eher unbedeutend, es ist nicht ganz von der Hand zu weisen, dass bestimmten Nazis bei ihrer Liebe zur übermächtigen "Energie" einige Regeln der Strategie abhanden kamen. Bei den strahlgetriebenen Bombern, Raketen- und Düsenjägern wurde genau deren strategische Bedeutung verkannt. - Bei der nuklearen Spaltenergie kam man nur bis zu einem einfachen Brutreaktor bei Frankfurt. Erfreulicherweise zersplitterte sich insgesamt das kriegswichtige Material in viele konkurrierende Projekte und - trotz millionenfacher Sklavenarbeit - auch die knappe Energie! (11)

Für erwiesen halten viele, dass

jedenfalls zum Beispiel von Konstrukteur Epp mit der V 7 ein diskusförmiger (!) Überschallhubschrauber - aber mit BMW-Turboaggregaten - erfolgreich geflogen ist und dass Schauberger seinen Implosions-Flugkreisel erfolgreich vor die Wand flog. Die Reste davon sammelten die Amis und die Russen ein, erstere belegten diesen mit Einzelhaft, später mit Arbeits- und Publikationsverbot, bis er verzweifelt starb.

Hier knüpft nun die neonazistisch-esoterisch aktuelle Hoffnungserweckung an, wie sie, soweit ich weiß, vom Magazin CODE schon 1989, dann mit Videos, schließlich mit dem Geheimgesellschaftenbuch bewirkt wird: Kurz gesagt: größere, schnellere und weltraumtaugliche "V 7" wären durch SS-Sonderabteilungen verwirklicht worden, die Typen Haunebu und Vrill (!). Ihr "Elektrogravitations- und Tachonenantrieb" beruhe auf Entdeckungen von Kapitän Coler, van der Graaf, Marconi, medialer Eingebungen innerhalb der Thule-Gesellschaft sowie auf Bemühungen einer ihr folgenden, angeblichen Vrill-Gesellschaft.

Subpolare Nazis

"Auf alle Fälle" sollen gegen Kriegsende 27 großdeutsche Alternativ-Fluggeräte samt hundert Fracht-U-Booten Richtung Südpol verschwunden sein. Richtig - und hier war es die in Teil I erwähnte

Göhringsche Expedition von 1938/39, die im eisfreien Neuschwabenland gemäß der Hohlweltlehre ein unterirdisches Reich gesichert, zumindest aber eine uneinnehmbare Verbunkerung errichtet hätte. Nur logisch, dass die allgemein so bezeichneten UFOs von hier aus starten. - Quatsch, meinen manche Fachleute wie Epp, das können nur alliierte Weiterentwicklungen deutschen Materials sein; und wenige Ufologen meinen, dies könne höchstens einen Teil der Erscheinungen erklären.

Alles Unsinn, meint der (laut antifaschistischer NRW-Zeitung angeblich nationalrevolutionäre Faschist) Dr. Peter Bahn 1997 in seinem Buch "Der Vrill-Mythos":

Eine Vrill-Gesellschaft habe es so nie gegeben, und mit anderem Namen zumindest nicht als eine mit pronazistischer Haltung. Jedoch sei durch unredliches Zusammenfügen magerer Fakten und viel Fiktion, die bis zu außerirdischen "Verbündeten im Sternsystem Aldebaran" reiche, so auch bei Jan Udo Holey, unverantwortlich geschludert worden.

Verantwortlich für diese Entwicklung eines Mythos, der den wahren Kern verdeckte, seien daran die Autoren Ettl und Ratthofer des Videos "Ufos - Geheimnisse des Dritten Reiches" und "Das Dritte Reich schlägt zurück", sowie die spekulativen Werke "Speer des Schicksals" von Ravenscoft (1972), "Aufbruch ins 3. Jahrtausend" (1962) von Pauwels und Bergier,

ABO-Schnippel des

★ ☆ **Zeitung aus Potsdam** ☆ ★
vier Ausgaben zu 15,- DM

(in Briefmarken oder bar - nur in vorzus - wir halten aber keinen davon ah, mehr zu geben)

Adresse
Infowagen
Mitschurinstr. 1c
14469 Potsdam

**bedingungslose -
unabhängige -
radikale -
antifaschistische -
trickreiche -
internationale -
nötige -
objektive -
Berichterstattung**

Vor- und

Nachname:

Straße :

PLZ, Ort :

sowie Susters "Hitler - black magican" (1981), die allesamt in England und Frankreich ein großes Echo hatten.

Hier muß ich beklagen, dass die Redaktionen der NRW-Antifazzeitung und der "enough is enough" aus Lübeck trotz Anfragen zu CODE, Dr. Peter Bahn u.a. mir einfach keine Antwort gaben, wiederholt!

Achim Schürmann

Anmerkungen:

(1) Statt "Mittelmenschlichkeit", siehe Kapitel "Philosophie der Zwischenmenschlichkeit" in:

Diktatur der Freundlichkeit

(2) So wird das von New-Age-Kritikern gerne genannt in Anlehnung an das bedeutende Buch "Die sanfte Verschwörung" von M. Fuergerson

(3) So in seinem "aktion & kritik"-Aufsatz "Karma, Ufos und Antisemitismus" v. 19.9.1996. J.U. Ries ist Autor des sehr lesenswerten Buchs "Auf der Suche nach einem neuen Zeitalter", u.a. über Beziehung Linker zur Spiritualität und dieser zur gesellschaftlich gewünschten Utopie, u.a. am Beispiel Heinrich Heines; aber auch informativ-kritisch zu den Beziehungen R. Steiner, Rassismus, Hess, Mystizismus, Anthroposophen und deren Auseinandersetzung mit Jutta Dithfurt, Okolinx, Konkret u.a. Linker und umgekehrt.

"rosenkreuzerische Unterwelt in doppeltem Sinne" deshalb, weil - s. Teil I - in E.B.-Lyttons Roman "The coming race", deutsch "Vril - oder eine Menschheit der Zukunft" die betr. Menschheit mithilfe ihrer Vriikraft tief unter der Erde lebt und weil im "untergründigen" ros. Denken Vril wohl von VI.T.R.I.O.L. (= suche das untere der Erde auf, vervollkomme es und du wirst den verborgenen Stein finden) durch E.B.-L. abgeleitet wurde.

(4) s. dazu ENTROPIE von Jeremy Rifkin, über die Beziehung eines universalen Naturgesetzes zur Technik- und Geschichtsentwicklung, Ordnung und Chaos und zur Energiebasis einer Gesellschaft; s. zur Beziehung Masse, Energie und Entwicklung der Erkenntnistheorie in "Materialistische Dialektik und bürgerliche Naturwissenschaft" v. Willi Dickhut, - und zur psychischen, biologischen und atmosphärischen Lebensenergie bei den Autoren DeMeo, Jürgen Fischer und Wilhelm Reich, und im Aufsatz DER GEIST IM ATOM aus Okolinx-Magazin;

(5) s. dazu Literatur o.a. Autoren sowie zu Radionik, Mesmerismus, Bioresonanz-Therapie, Orgonomie, Bioenergetik; dazu als Forum das Magazin "Raum und Zeit", das ebfls. regelmäßig zur Aktualität oder Fehlerhaftigkeit Einsteinscher Wirklichkeitsverständnis Stellung nimmt.

Höchstoffiziell in den 30er - 50er Jahren, in der Krebs"therapie" bis heute verbreitet war, dagegen die destruktive Form von Strahlungen/Schwingungen-Anwendung durch Röntgen- und radioaktive Bestrahlung bzw. Inhalation mit Radon und Radium; viele Menschen endeten jämmerlich auch durch Injektionen mit radioaktiven Präparaten. Hierzu umfassende Informationen seit (über) 10 Jahren in STRAHLENTELEX mit Elektromog-Report und in den Berichten des OTTO HUG-INSTITUTS, Bonn, sowie zu dem ganzen Komplex krankmachender "Niedrigstrahlung".

(6) Ausgabe 8, 1998; die Nr. 6 hat sich besonders mit dem Faschismusvorwurf an die Esoterik über J. Dithfurths Buch "Entspannt in die Barbarei" beschäftigt.

(7) - abgesehen von der erkenntnistheoretischen und philosophischen Bedeutung a) als Bild für den Beginn des Weltalls durch die Entstehung der Polarität, oder b) als Beginn der Ethik vom Sündenfall.

(8) s. zur liebesblockierten Charakterformung bzw. psychischen Grundstörung und verhinderten Ich-Bildung mit der Neigung zur Destruktivität bei: Melanie Klein u. Margaret Mahler in "Männerphantasien" und bei Alex. Lowen.

(9) zur Entwicklung des Bösen/Inhumanen im Kampf für das Gute in meinem "Das Über-Leben", Teil II und III, unter: "Köpfe mit Schlag-Seite", "Chaos", "Sexueller Kampf" oder s. demnächst hier Teil III; auf Nachfrage: "Schwanz ab! oder Welt kaputt-analysiert - Die Linke im Kampf mit dem Unbewußten/Ufos, Sex und Angst vorm Chaos"

(10) Neben dem berühmten Ernst Jünger und anderen Soldaten-/Freikorpsautoren beschäftigten sich seltsam einige frühe ScienceFiction damit.

(11) - und nicht ohne die alliierte Bombardierung der Schwereswasser-Anlage in Norwegen und des Raketenversuchsgeländes in Peenemünde.

(12) zum gesamten (Ant-)Arktis-Mythos siehe: ARKTOS - Die hohle Erde.

NACHRICHTEN

KURZ

Kein Geld für Graue Wölfe

Recklinghausen, 19.8.98

Der Recklinghäuser Haupt- und Finanzausschuss hat eine finanzielle Unterstützung der türkischen faschistischen „Grauen Wölfe“ „entschieden zurückgewiesen“. Seit etwa zwei Jahren haben die türkischen Faschisten unter dem Deckmantel eines „Türkischen Elternbundes“ an der Herner Straße 7b ein Vereinslokal. Im Schulterschluß mit einem islamischen Verein haben sie zwischenzeitlich das gesamte Gebäude käuflich erworben und in ihren Räumen auch „Gebetsräume“ untergebracht. Hauptsächlich wird der Treff jedoch von nationalistisch an-

gehauchten Jugendlichen zum Billardspiel genutzt. Der Recklinghäuser Ausländerbeirat, vollständig in der Hand der türkischen Nationalisten und Fundamentalisten, hatte den Antrag des „Elternbundes“ auf eine nachträgliche Bezuschussung eines „Festes für deutsche und türkische Jugendliche“ vom November vergangenen Jahres mit 2000 DM natürlich unterstützt. CDU-Ratsfrau Bärbel Jost-Westendorf kritisierte zudem, dass deutsche Mitglieder des Ausländerbeirates gar nicht zu dieser Veranstaltung eingeladen worden waren.

Der faschistische „Elternbund“ wirbt nach wie vor in aller Dreistigkeit

mit den Symbolen der MHP (Drei Halbmonde und Heulender Wolf) für seine Partei. Die MHP tritt in Deutschland nicht offen, sondern unter verschiedenen Tarnnamen auf. Bislang wurde ihr Hauptverband (ATV-Dachverband) noch im Verfassungsschutzbericht erwähnt, dank seiner geschickten Anbiederung an CDU und insbesondere SPD (Eintritte in zahlreichen Städten) wird er aber im kommenden Bericht nicht mehr erwähnt werden. Insofern ist der Beschluss des Recklinghäuser Haupt- und Finanzausschusses sehr zu begrüßen. (IFV Recklinghausen) REPs mussten einpacken

Reps mußten einpacken Erfurt, 30.7.1998

Am 28.7.98 versuchte der Landesverband Thüringen der „Republikaner“ im Rahmen des Wahlkampfes durch einen Infostand in der Erfurter Innenstadt an Akzeptanz bei den BürgerInnen zu gewinnen. Aus dem gleichen Grund waren sie schon am Vortag mit einem Lautsprecherwagen durch Erfurter Wohngebiete gefahren, in denen sie mit einem besonders hohen Potential an Wählerinnen und Wählern rechnen können. Um sie an ihrem Ziel zu hindern, verteilten einige AntifaschistInnen mehrere Liter Saft und Ketchup auf ihren Plakaten und dem Infomaterial ihres Infotisches. Einige herumstehende Neonazis suchten das Weite, während die REP-InitiatorInnen ihr Eigentum durch Handgreiflichkeiten zu verteidigen versuchten. Da sich die REPs durch diese Aktion nicht veranlasst sahen, ihren Infotisch einzupacken, wurden sie und ihr Infotisch in einer zweiten Aktion mit mehreren Kilo fauligem Obst eingedeckt, was es ihnen von da an unmöglich machte, die BürgerInnen von ihrem sauberen Image zu überzeugen. Denn die Aktionen der AntifaschistInnen lösten bei den ZuschauerInnen eine positive Resonanz aus, weshalb die REPs kurze Zeit später ihre Utensilien wieder einpackten. (Einige Erfurter Antifas)



Das Bild auf der Rückseite wurde entnommen aus:
"Gewolken & Wirklichkeit"
"Bilderungen von 'Kobalt'"
Verantwortliche Redaktion: Horst Tormayer
150 T. dicke Seiten
1998
ISBN 3-92-604-01-0
erschienen im Verlag Roter Morgen

NPD-Aufmarsch in Tangerhütte bei Magdeburg Tangerhütte, 20.7.1998

Für den 18.7.98 hatte die NPD in Tangerhütte einen Aufmarsch und eine Kundgebung unter dem Motto „Erst der Euro-dann die Pleite“ angemeldet. Tangerhütte liegt etwa 40 km nordöstlich von Magdeburg und hat rund 7000 EinwohnerInnen. Anmelder waren Heiko Krause aus Tangerhütte (stellv. Landesvorsitzender der NPD in Sachsen-Anhalt) und Steffen Hupka aus Quedlinburg (Landesvorsitzender der NPD in Sachsen-Anhalt). Am 17.7.98 entschied sich das zuständige Ordnungsamt für ein Verbot, mit der Begründung, dass der Anmelder, Heiko Krause, schon früher an illegalen und gewalttätigen Aktionen von Rechtsradikalen beteiligt gewesen sei. Auch das Regierungspräsidium in Magdeburg und das Oberverwaltungsgericht in Naumburg bestätigten das Versammlungsverbot für den gesam-

ten Regierungsbezirk Magdeburg. Am 18.6.98 fanden sich dennoch ca. 150 NPD-Anhänger in Tangermünde ein. Von hier fuhren sie nach Magdeburg/Olvenstedt und versammelten sich an der Stelle, wo vor 1 1/2 Jahren der Punker Frank Böttcher von einem rechtsradikalen Jugendlichen erstochen worden war. Nach dem Versuch eines Aufmarsches stoppten Beamte der Bereitschaftspolizei den Zug. 118 NPD-Anhänger wurden ohne große Gegenwehr vorübergehend festgenommen. Versammlungsleiter dieser spontanen Aktion war Christian Worch aus Hamburg, gegen den die Polizei ermittelt. Knapp eine Woche später meldeten Krause und Hupka erneut einen Aufmarsch und eine Kundgebung unter dem gleichen Motto an. Unterstützt vom Anwalt Eisenecker gingen sie dieses Mal einen anderen gerichtlichen Weg. Sie

riefen nach dem erneuten Verbot des Ordnungsamtes und der Bestätigung des Regierungspräsidiums das Oberlandesgericht an. Dieses unterstützte das Verbot ebenfalls.

Aber das Bundesverfassungsgericht, das noch eine Woche zuvor ablehnte, über diese Sache zu entscheiden, musste nun einen Entschluss fällen. Das BVG erließ eine Verfügung, die aussagte, dass der NPD der Aufmarsch zu erlauben ist, da sie eine zur Bundestagswahl zugelassene Partei sei, die noch nicht im Bundestag vertreten ist und daher Wahlkampf betreiben könne. Am 25.7.98 trafen sich 50-60 NPD-Anhänger in Tangerhütte und durften nach einiger Verspätung aufmarschieren. Zu dieser Verspätung kam es, da der Anmelder H. Krause arbeiten musste und so nicht die Versammlungsleitung übernehmen konnte. S. Hupka, der als Vertreter angemeldet war, kam selbst, „entgegen der deutschen Tugend“, knapp zwei Stunden zu spät. Gezeigt haben diese Aktionen, dass die Mobilisierungsfähigkeit der NPD in Sachsen-Anhalt innerhalb einer Woche stark abnimmt. Es ist davon auszugehen, dass die NPD nun verstärkt auf Aufmärsche setzen wird und diese unter dem Vorwand einer Wahlveranstaltung bis zur Bundestagswahl am 27.9.1998 durchführen kann.

(Lars Bandler,
Freie-Jugend-Presse)

MIT EINER

SOLARANLAGE

SCHEINT IHRE SONNE EIN BISCHEN LÄNGER

SWB
Sonne und Windenergieanlagenbau GmbH
Handwerksbetrieb in Selbstverwaltung
Karl-Hermann Str. 14
45701 Herten
Telefon 0 23 66 / 4 39 65

Heizungsanlagen
Sanitärinstallationen
Elektroinstallationen

Solaranlagen
Regenwassernutzung
Brennwertkessel

Ich bin stolz
Deutscher
zu sein



Republikaner